Nr. 37. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 13,50 Mk., monatl. 4,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 4,50 Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,75 Mk., für das übrige Ausland 12,— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 10,— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— M., Teuerungszuschlag 60 %. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50 %. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 21. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Abstimmung in Nordschleswig.

Eisenbahnerstreiks.

Seit mehr als einem Jahre wird die Oeffentlichkeit andauernd beunruhigt durch Streikbewegungen der Eisenbahner, die bald hier, bald dort aufflammen und für Tage, manchmal auch für Wochen Teile des Eisenbahnbetriebes stillegen. Den Höhepunkt erreichte die Bewegung zu Beginn dieses Jahres: denn sie erstreckte sich nicht mehr auf einzelne Orte oder Bezirke, sondern auf alle Teile des Reiches.

Den Anfang machte Magdeburg, wo am 30. Dezember ein 24stündiger Streik proklamiert wurde. Dann folgte Frankfurt a. M. mit der Ankündigung der passiven Resistenz, und endlich in den ersten Januartagen folgten in bunter Reihenfolge Arbeitseinstellungen im rheinischen Industriegebiet, in Oberschlesien, Holstein, Sachsen usw. In einer Hochflut von Telegrammen und eiligen Zuschriften an die Vorstände der Eisenbahnerverbände wurden aus allen möglichen Orten Arbeitseinstellungen angekündigt. Zur persönlichen Bekundung der erregten Stimmung im ganzen Lande trafen unaufhörlich Deputationen der Eisenbahner in Berlin ein. Immer wurde dieselbe Erklärung laut: Wir können an unserer Dienststelle die Leute nicht mehr halten!

Angesichts dieser Sachlage wäre es einseitig und voreilig, von einer politischen Streikhetze zu sprechen. Die Tatsache, daß das große Heer der Beamten sich in Kampfesstimmung befand — ich erinnere nur daran, daß in Bayern die Erledigung der Besoldungsreform stürmisch gefordert wurde und daß die Beamten im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. sich mit den Arbeitern solidarisch erklärten. — Diese Tatsache sollte eigentlich das Gerede verstummen lassen, daß die gegenwärtige Eisenbahnerbewegung politischen Ursprung habe und politischen Charakter trage. Gewiß, in einzelnen Bezirken und Orten haben sofort geschäftige politische Drahtzieher ihre Zeit für gekommen erachtet und mit allen demagogischen Mitteln versucht, die erregten Eisenbahner ihren Zwecken nutzbar zu machen. Wer nun aber weiß, wie vor dem Kriege infolge der reaktionären Maßnahmen der Regierungen der einzelnen Länder jede gewerkschaftliche Schulung der Eisenbahner unmöglich gemacht war, der wundert sich kaum über die Verirrungen, die die aus der schweren wirtschaftlichen Not geborene Bewegung teilweise zeitigte.

Der verhängnisvollen Demagogie einzelner gewissenloser Drahtzieher hätte am besten Einhalt geboten werden können durch eine rechtzeitige Beseitigung der Streikursache, das heißt Bewilligung einer ausreichenden Einkommensteigerung. Viel zu spät erfolgte die Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen um 150 Proz. für die Beamten.

Nicht anders verhielt es sich mit der tariflichen Lohnregelung für die preußischen Eisenbahnarbeiter und Hilfsbeamten. Nachdem feststand, daß die Preissteigerungen auf allen Gebieten ihren Fortgang nehmen, ebenso die weitere Geldentwertung nicht aufzuhalten ist, mußten Regierung und Eisenbahnverwaltung die Konsequenzen daraus ziehen, d. h. eine angemessene Einkommensteigerung zusichern. Statt dessen erhielten die Beamten eine 50prozentige Teuerungszulagenerhöhung, während die Stundenlohnerhöhung für die Arbeiter und Hilfsbeamten 30 Pf. betragen sollte. Wie wenig die Zugeständnisse der Wirklichkeit entsprechen, beweisen die bald darauf vorgenommenen Steigerungen für Beamte um 150 Prozent, für die Arbeiter und Hilfsbeamten durchschnittlich um eine Mark pro Stunde. Die Zugeständnisse erfolgten leider erst in zwölfter Stunde, als die Organisationen des Personals erklärten, die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Bewegung nicht länger tragen zu können.

Der Vorgang zeigt, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit immer noch nicht die Würdigung an den zuständigen Regierungs- und Verwaltungsstellen findet, die sie verdient. So äußerte sich ein Ministerialdirektor aus dem Reichsfinanzministerium gegenüber einer rheinischen Eisenbahnerdeputation, die plötzlich einsetzende Streikbewegung habe zur Erhöhung der Zulagen für die Beamten geführt. Noch eigenartiger verhielt sich der Regierungsrat Maranbach von der Direktion Essen, der bei den Tarifberatungen in Berlin die Interessen der Verwaltung vertrat und in keiner Weise für durchgreifende Lohnerhöhungen sprach. Nach seiner Rückkehr erklärte er jedoch den Eisenbahnern in Essen, es wären höhere Lohnsätze festgesetzt worden, wenn die Gewerkschaften und vor allem der Vorsitzende Scheffel vom Deutschen Eisenbahner-Verband energischer aufgetreten wären. Aehnliche Aeußerungen wurden uns von Direktionsvertretern aus Hannover, Frankfurt a. M. und Breslau gemeldet. Durch derartige unwahre Berichte von Verwaltungsbeamten wird die wilde Streikbewegung geradezu gezüchtet. Hier muß ein gründlicher Wandel erfolgen, wollen wir künftige Erschütterungen unseres Verkehrswesens und damit unserer Volkswirtschaft verhüten.

Dann noch eine Angelegenheit, die schon jetzt besprochen werden muß. Der vor dem Abschluß stehende Tarifvertrag für die preußischen Eisenbahnarbeiter und Hilfsbeamten sieht eine Anzahl Wirtschaftsklassen für jeden Direktionsbezirk vor. Naturgemäß haben bei der Einreihung alle Orte den Wunsch, in die erste Klasse zu kommen. Welche Wirkungen dabei eintreten können, zeigt eine Betrachtung der Löhne. Der Höchststundenlohn für Handwerker beträgt in Wirtschaftsklasse I (mit Ausnahme Berlins, das mit 3,60 M. eine Sonderstellung einnimmt) 3,50 M., II 3,30 M., III 3,10 M., IV 2,90 M., V 2,70 M. Die alte und zurzeit noch geltende Lohnforderung sah 10 Lohnortsgruppen vor. Seit ihrem Bestehen (Dezember 1918) haben hunderte von Dienstorten in stürmischer Weise eine andere Einstufung verlangt. Die Anträge, die nur zu oft mit einer Streikandrohung versehen waren, sollten durch die Tarifberatung ihre Erledigung finden.

Aber schon jetzt zeigt sich, daß dies nicht der Fall sein wird, denn immer mehr häufen sich die Forderungen auf Einreihung in die erste Wirtschaftsklasse. Kein Zweifel, die Not ist überall groß und eine sorgfältige und vor allem gerechte Prüfung muß erfolgen, sollen neue Verkehrsstörungen vermieden werden. Da gibt es nur ein Mittel. Es müssen sofort entsprechende Maßnahmen getroffen werden, die eine überzeugende Beweisführung bei jeder Eingruppierung gestatten. Das einzige Mittel ist m. E. die sofortige Errichtung amtlicher Stellen zur laufenden Ergründung der Höhe der Haushaltskosten. Selbstverständlich unter Hinzuziehung von Vertretern aus Arbeiter- und Beamtenkreisen. Gelingt es, eine solche lückenlose Organisation zu schaffen und ihr das Vertrauen der Bevölkerung zu sichern, so haben wir ein elastisches Mittel in der Hand, um von Monat zu Monat nachzuprüfen, ob irgend einem Ort Unrecht bei der Zuteilung zu einer Wirtschaftsklasse geschieht.

Mögen meine Anregungen bei den verantwortlichen Stellen Beachtung finden, ehe es wieder zu spät ist. Wir müssen dahin kommen, unseren Verwaltungsapparat auf die Höhe zu bringen und eine Wirtschaftspolitik treiben, die vorausschaut, nicht aber zum Schaden des Landes hinterher hinkt.

Th. Notzur.

Ein Aufruf zur Abstimmung.

Abstimmungsberechtigte aus der ersten Zone Nordschleswigs!

Wer noch nicht seinen Abstimmungsantrag eingereicht hat, hole es sofort beim Deutschen Ausschuß, Flensburg, Südergraben, nach.

Anträge auch ohne Papiere.

Letzter Eingangstermin in Flensburg schon 23. Januar! Spart nicht Eilbrief oder Telegramm!

Fehlt nicht zur Rettung Eurer Heimat!

Deutscher Ausschuß für Schleswig.

Der Deutsche Ausschuß für Schleswig teilt mit: Alle Angehörigen von Kriegsteilnehmern, die in Schleswig stimmberechtigt und noch nicht aus der Gefangenschaft zurückgekehrt sind, werden dringend aufgefordert, die Adressen der Kriegsgefangenen sofort dem Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig in Flensburg, Südergraben 59, einzureichen.

Den Abstimmungsberechtigten der ersten Zone in Schleswig wird in den nächsten Tagen der Ausweis, welcher als Reisepaß dient, sowie der Gutschein für Fahrkarte zugehen. Weiter erhält jeder Stimmberechtigte rechtzeitig einen Fahrplan über die Züge von und nach dem Abstimmungsgebiet zugesandt.

Die Familienpapiere, welche die Stimmberechtigten zur Prüfung der Angaben auf dem Antrage eingereicht haben, werden bei der Abstimmung zurückgegeben.

Die Adria das Sorgenmeer.

Die direkten Verhandlungen zwischen Serbien und Italien über die Frage des adriatischen Meeres scheinen nicht zu einem Ziele zu führen. Italien pocht nun auf seine im Londoner Vertrag vorgesehenen Rechte auf das ehemals österreichische Gebiet an der Adria. Nitti, der italienische Ministerpräsident, hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er für den Fall, daß die südslawische Regierung nicht bis zum 20. Januar den italienischen Kompromißentwurf annimmt, die Zugeständnisse Italiens für null und nichtig erklärt. Italien wird dann von England und Frankreich verlangen, daß der Londoner Vertrag von 1915 durchgeführt wird. Eine Havasmeldung aus Paris besagt, daß der Oberste Rat angesichts der Schwierigkeiten in der Fiume-Adriafrage daran denkt, den Londoner Vertrag in Anwendung zu bringen.

Daß die an Italien im Londoner Vertrag gegebenen Versprechungen schließlich nicht gehalten worden sind, lag an dem siegreichen Widerstand Amerikas gegen die Einhaltung dieser Versprechungen. Nachdem Amerika sich völlig von dem Weltmachertisch in Paris zurückgezogen hat, kann Italien mit Fug und Recht verlangen, daß man seinen Anspruch anerkennt. Wenn Italien dennoch den Südslawen entgegengekommen ist, so zeugt das von einem entschiedenen Geist der Versöhnlichkeit auf italienischer Seite.

Zeitungsverbote und Pressefreiheit.

Aus Regierungskreisen wird uns geschrieben:

In Pressekreisen hat man sich gegen das unbefristete Verbot des Erscheinens der „Roten Fahne" und der „Freiheit" und einiger anderer radikaler Blätter gewandt. Man glaubt diesen Protest dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Pressefreiheit schuldig zu sein. Es erscheint jedoch durchaus verfehlt, diese ganze Frage nur unter dem Gesichtspunkt der unbedingten Wahrung der Preßfreiheit zu betrachten. Die Regierung, die die Presseverbote veranlaßt hat und verantwortet, nimmt nicht das Recht für sich in Anspruch, der Presse gegenüber als Schulmeister aufzutreten, der über den Inhalt der Zeitungen zu entscheiden hat und gar bei unbequemen Meinungsäußerungen schlechte Noten ausstellen oder Verbote aus gleichem Grunde erlassen kann. Die Freiheit der Presse ist für die Regierung ein Grundsatz, an dem auch im erbittertsten politischen Meinungskampf nicht gerüttelt werden darf.

Anders liegen die Dinge, wenn einzelne Blätter dazu übergehen, die politische Arena, in der mit geistigen Waffen gekämpft wird, zu verlassen, um mit dem Ruf zu Gewalttätigkeiten in die Gasse herunterzusteigen. Die erste und vornehmste Aufgabe der Regierung ist die Sicherung der öffentlichen Ordnung und Ruhe und der Schutz der Staatsbürger vor blutigen Greueln. Ihre Sicherheitsorgane wie die aller Staaten haben die Aufgabe, nötigenfalls mit der Waffe in der Hand, den Elementen entgegenzutreten, die aus verbrecherischen Instinkten oder verrannter Ideologie mit Gewalt die Staatsordnung bedrohen. Diese Abwehr darf sich nicht nur auf den direkten Kampf beschränken, sondern muß, damit der Umfang des von den Umstürzlern anzurichtenden Schadens möglichst eng eingegrenzt wird, sich auch auf die Prophylaxe (Vorbeugung) erstrecken.

Diese Erkenntnis ist wohl allen Volkskreisen, die die Ruhe und Ordnung wollen, gemeinsam. Es wäre nun aber eine geradezu unverzeihliche Inkonsequenz und ein Fehler, der sich gar bald blutig rächen würde, wollte man bei der Prophylaxe vor denen Halt machen, die immer wieder die Massen auf die Straße hetzen, die unablässig zum blutigen Bürgerkampfe treiben und offen und unverhüllt zu Gewalttätigkeiten auffordern — vor der Presse der Kommunisten und Unabhängigen.

Man ist erfahrungsgemäß nur zu sehr geneigt, bei Zeitungsverboten an die Pressepolitik früherer Zeiten zu denken, wo das Verbot von Zeitungen eine Strafe für politisch „unliebsames Verhalten" der Opposition war. Eine Politik, doppelt verwerflich in Zeiten, wo die gewaltige friedliche Masse des Volkes hinter der Regierung stand, und nur allzu große Bequemlichkeit der Staatslenker und politische Intoleranz die Motive des Eingreifens abgeben konnten.

Um nichts Derartiges handelt es sich jetzt. Das muß immer wieder klargestellt werden. Die heutigen Zeitungsverbote sind Maßnahmen, die verhindern sollen, daß weiter Arbeiterblut fließt, die den gewissenlosen Hetzern, die vom sicheren Schreibtisch aus die von ihnen fanatisierten Massen gegen das Parlament anrennen lassen, die Möglichkeit nehmen sollen, durch Entstellung der grauenhaften Vorgänge an dem blutigen 18. Januar ihre eigene Schuld zu vertuschen und von neuem Unheil heraufzubeschwören.

Wenn der Ausnahmezustand die Regierung ermächtigt, Versammlungen zu verbieten, aus deren Hetzreden wieder blutige Saat emporschießen muß, so ist es nur die absolut zwingende Konsequenz, wenn den gewissenlosen Agitatoren nun auch verwehrt wird, die Worte, die sie nicht in den Versammlungssaal hineinschleudern dürfen, durch die Presse in einen um das Hundertfache erweiterten Hörerkreis hinausrufen.

Darum: Nicht Pressefreiheit der ernsten politischen Presse steht hier auf dem Spiel, sondern die Parole heißt: Schutz des Volkes, Schutz der Ruhe und Ordnung vor jedem, der Gewalt an die Stelle politischer Argumente setzen will, sei es in Wort oder in Schrift!

Die „Berliner Volkszeitung" als Revolverblatt.

In meinem Artikel: „Die Ehre der Partei" in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" habe ich unter anderem auch darauf hingewiesen, daß die von den Unabhängigen, der „Welt am Montag" und einigen Quertreibern in unserer Partei betriebene Hetze gegen die Berliner Parteiorganisation auch von der demokratischen „Berliner Volkszeitung" in gehässigster Weise unterstützt wird. Ich hatte weiter darauf aufmerksam gemacht, daß die „Berliner Volkszeitung", die notorisch zu ihrem Leserkreis eine ganze Anzahl Anhänger der Unabhängigen zählt, durch diese Politik ihre Arbeiterleser über ihre unternehmerfreundliche Wirtschafts- und Sozialpolitik hinwegtäuscht. Die „Berliner Volkszeitung" ist nicht imstande, dies zu widerlegen. Sie greift daher zu dem jetzt sehr beliebt gewordenen Mittel, „enthüllt" die welterschütternde Tatsache, daß ich im vergangenen Herbst zwei Wochen in Holland war und dabei auch mit meinem Freunde und Parteigenossen Varmat zusammen gewesen bin.

Die „Berliner Volkszeitung" hat mit dieser „Enthüllung" ein eigenartiges Pech. Bereits vor einer Reihe von Wochen wurde in den deutschnational-antisemitischen Blättern („Deutsche Tageszeitung", „Deutsche Zeitung" usw.) ein Artikel über angebliche Bevorzugung des „jüdischen Bolschewisten" Varmat durch die deutschen Reichsbehörden gebracht. Das Reichsernährungsministerium konnte öffentlich feststellen, daß die von ihm mit Varmat abgeschlossenen Lebensmittellieferungsgeschäfte völlig einwandfrei gewesen sind, und daß ihm weder jemals günstigere Bedingungen gewährt sind als irgendeinem anderen Lieferanten, noch daß er in irgendeiner Weise bevorzugt worden ist. Das hindert die im Mosse-Verlag erscheinende „Berliner Volkszeitung" nicht, diese antisemitischen Verleumdungen jetzt in etwas anderer Form wieder aufzunehmen. Varmat ist ein, in der holländischen sozialdemokratischen Partei und in der Internationale hoch angesehener Parteigenosse. Das Internationale sozialistische Bureau, das während des Krieges von Brüssel nach Amsterdam verlegt wurde, fand bei ihm bereitwillig Aufnahme. Den Vorwurf, daß er ein „Großschieber sei, wird die Volkszeitung vor Gericht zu beweisen Gelegenheit bekommen. Auch alle weiteren Behauptungen und Andeutungen hat sich die Volkszeitung aus den Fingern gesogen.

Franz Krüger.

Graf Arco!

Man schreibt uns: Ueber die antisemitisch-alldeutsch-monarchistischen Kundgebungen im Anschluß an den Prozeß Arco ließen sich die hiesigen alldeutschen Blätter lange Berichte drahten. Die Korrespondenten faselten von einer „direkt revolutionären Stimmung in München". Der „Lokal-Anzeiger" aber wußte zu berichten, daß die Vollstreckung des Todesurteils „den Umsturz bedeutet hätte". Als Kronzeugen für die Richtigkeit der alldeutschen Beurteilung der Stimmung in München führen die Herren ihre Gegenfüßler — die Kommunisten, an. Dann muß es wohl stimmen. Die „Kreuzzeitung" ist entzückt, daß ein leibhaftiger Graf den Juden Eisner erschossen hat. Man stelle sich vor, ein Graf erschießt einen Juden; er wird dafür zwar zum Tode verurteilt, aber von einem hohen Ministerium, in dem das Bürgertum die Mehrheit hat, nach zweistündiger Beratung (ein Zeichen, daß es heiß hergegangen ist) ehrenvoll begnadigt, und von Studenten und ähnlichem Volk als „Held" und „Märtyrer" besudelt — kann man sich einen besseren Auftakt für Pogrome denken!

Die Wotanverehrer mit dem Hakenkreuz müssen aber zur guten Hälfte Wasser in ihren Wein gießen; denn Graf Arco ist zur guten Hälfte ein Jude. Seine Mutter ist eine geborene Oppenheim aus Köln. Der „alte Herr" des jungen Herrn Mörders wird seine guten Gründe gehabt haben, als er sich herabließ, eine Frau aus der reichen Bankiersfamilie Oppenheim zu nehmen. Die Oppenheims sind tüchtige Leute. Dem Adel zu Liebe ist die eine Tochter katholisch geworden — die Mutter des jetzigen Heros des buntbemützten Straßenpöbels von München. Eine andere Linie der Oppenheims ist protestantisch und die dritte hat ihren Stolz bewahrt und ist jüdisch geblieben.

Vielleicht trösten sich aber Knüppel-Kunze und seine Genossen mit der Bismarckschen Theorie von der guten Rasse, die eine Kreuzung zwischen einem germanischen Hengst und einer jüdischen Stute ergäbe. Der junge Graf Arco ist dann nur ein Fall von Atavismus und das arische Blut ist bei ihm Herr über das jüdische Mutterblut geworden. Sonst heißt es zwar, daß auch die geringste Spur von Judenblut genüge, um rettungslos die ganze Nachkommenschaft zu verseuchen.

Das jüdische Blut in den blauen Adern genügt aber sicherlich, um eine Tatsache zu erklären, die immerhin recht auffällig ist: Der Volljude Toller hat während der Münchener Wirren dem Grafen Arco einmal das Leben gerettet. Es bleibt somit nur noch zu erklären, warum der Halbjude Arco den Juden Eisner erschossen hat. Aber wer weiß, welch jüdische Teufelei hinter der ganzen Geschichte steckt!

Auf jeden Fall, unsere Blutmischungstheoretiker sollten den Fall Arco-Toller-Eisner einmal genau auf die jüdisch-arische Wasserwage legen. Vielleicht können wir ihnen dabei helfen, wenn wir zu erwägen geben, einmal nachzuforschen, ob nicht der junge Graf Arco einmal bei einer Säbelmensur soviel Blut verloren hat, daß ihm Kälberblut in die Adern gepumpt werden mußte. Es mag sein, daß das Kälberblut das jüdische Mutterblut paralysiert hat. Diese Erklärung wäre doch für den reinen Toren Arco, ganz passabel, der nach dem „Lokal-Anzeiger" ein Mann ist, wie nie einer mit „reineren Händen" die Mordwaffe erhoben hat.

O, welch Zartgefühl!

Ein Leser des frommen „Reichsboten" hat die für seine Kreise immerhin beachtenswerte Intelligenz gehabt, zu bemerken, daß der „Reichsbote" über die Briefe Willis an „seinen lieben Niki" auch nicht eine einzige Zeile gebracht hat, während der unglaubliche Inhalt dieser Briefe die ganze Oeffentlichkeit beschäftigte. Auf seine Anfrage erhält er im Briefkasten des „Reichsboten" folgende klassische Auskunft:

> Geschäftstüchtigkeit hat es fertig gebracht, Briefe Seiner Majestät des Kaisers, obgleich es sich um persönliche Briefe handelt, die der Verfasser zum Teil ausdrücklich als „privat" und „streng vertraulich" bezeichnet hat, an die Oeffentlichkeit zu bringen. Wir sind diesem Beispiel nicht gefolgt, weil wir es für unanständig halten, derartige Briefe bekannt zu geben.

Wir fürchten, daß dieses Zartgefühl nur ein Deckmantel für die tödliche Verlegenheit des ehemaligen Hofblattes ist. Oder würde der „Reichsbote" dieselben Begriffe von Anständigkeit und Unanständigkeit gelten lassen, wenn es sich etwa um private und vertrauliche Briefe eines Sozialdemokraten gehandelt hätte?!

Sieg der Monarchie im Kino.

Die rechtsstehende Presse berichtet: „In einem Kino in der Motzstraße wurde am Freitag der Dubarry-Film vorgeführt. Nach Schluß der Aufführung erhob sich ein Herr und hielt folgende kurze Ansprache: „Meine Damen und Herren! Wir haben hier gesehen, was die Revolution ist, welche Scheußlichkeiten sie uns bringt. (Im Kino! Red.) Darum: Nieder mit der Revolution! Der Kaiser soll wiederkommen!" Der Redner erntete mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall.

Wir haben den Dubarry-Film, der übrigens recht gut gestellt ist, angesehen. Die Revolutionsszenen bilden den fünften Akt. Die ersten vier Akte behandeln die Maitressenwirtschaft der Monarchen von Gottes Gnaden. Auch die Leiden des Volkes unter dieser Wirtschaft sind recht anschaulich dargestellt. Diese vier Akte scheinen allerdings für das Berlin-W-Publikum nichts Abschreckendes gehabt zu haben. In der Motzstraße, der Stätte der bekannten Nachtabende, kann man sich freilich an solchen Dingen nicht stoßen, man ist dort unsittlich und kaisertreu bis in die Knochen. Heil der Monarchie, die solche Anhänger hat!

Berliner Unruhen und Reichsmarine.

Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt: Bei dem Versuch, das Betriebsrätegesetz mit Gewalt zu sabotieren, haben Männer in Marineuniform im Vordergrunde gestanden.

Hierdurch ist die irrtümliche Meinung aufgekommen, es hätte sich um Angehörige der Reichsmarine gehandelt. Dieser Auffassung muß auf das entschiedenste entgegengetreten werden. Es ist bekannt, daß kommunistische Elemente schon häufig die Marineuniform für ihre Zwecke mißbraucht haben in dem Wahn, ihre umstürzlerischen Bestrebungen in gewissen Volkskreisen damit populär zu machen. Die Reichsmarine hat mit diesen Elementen nichts zu schaffen. Im Gegenteil haben Verbände der Reichsmarine bei den Unruhen in Oberschlesien und bei vielen anderen Gelegenheiten in wirksamster Weise dazu beigetragen, die Ordnung wiederherzustellen.

Das unberechtigte Tragen der Marineuniform ist strafbar, und die Sicherheitsorgane sind auf Grund der Verfügung des Oberkommandos Noske vom 4. August 1919 erneut ersucht worden, „Matrosen", die nicht im Besitze des für die Reichsmarine vorgeschriebenen Lichtbildausweises sind, festzunehmen und der Strafverfolgung zuzuführen.

Die Nothilfe bei Hochwasser.

Aus Köln wird gemeldet: Da hier eine ausreichende Organisation zur Bekämpfung der Hochwassergefahr nicht bestand, ergriff der Leiter der dortigen „Technischen Nothilfe" mit dem Brückenkopfoffizier entsprechende Schutzmaßnahmen. In Eile wurde die dortige Landesbezirksstelle der Technischen Nothilfe zu einer Zentrale für die Hochwassergefahr umgestellt, an die alle Nachrichten und Fäden der Hochwassergefahr zusammenliefen. Die Bauunternehmer wurden veranlaßt, für die überschwemmten Teile Stege zu bauen. Aufrufe in den Zeitungen forderten Bootsführer und Besitzer von Kähnen und Kraftwagen zur unverzüglichen Meldung auf. Daraufhin wurde ein planmäßiger unentgeltlicher Bootsverkehr eingerichtet, während bis daß in „wilde" Bootsführer unerschwingliche Summen gefordert hatten. Die Feuerwehr wurde auf die zusammengeholten Pumpen verteilt, die einlaufenden Hilferufe nach Lebensmitteln und Brennstoffen wurden der aufgeforderten privaten Fürsorge zugewiesen, die Obdachlosen mit Hilfe des Wohnungsamtes untergebracht. Beim Sinken des Wassers wurden noch weitere Pumpen von den Tiefbauunternehmern zusammengebracht und damit planmäßig die Wohnungen vom Wasser wieder befreit. Der Oberbürgermeister sprach seinen öffentlichen Dank für diese wirkliche Hilfe in der Not aus, die keine andere Organisation so tatkräftig zu leisten imstande gewesen war.

Ein Notschrei aus dem Siegerland.

Wie in allen Teilen Deutschlands sich die Not und das Elend ständig durch die Kohlennot steigert, so ist es auch im Siegerland der Fall. Dasselbe ist mit seinen vielen und größten Erzgruben der Hauptlebensquell unserer Eisen- und Stahlindustrie. Der Bedarf an Kohlen und Koks beträgt für die dortige Industrie monatlich zirka 100 000 Tonnen, und zirka 75 000 Angestellte und Arbeiter erhalten dadurch ihre Verdienstmöglichkeit und Lebensunterhalt. Leider ist das Bedarfsquantum schon teilweise zu nur

Konzert-Umschau.

Nikisch, Madrigalchor, Solisten.

„Weil ein Vers dir gelang in einer gebildeten Sprache, die für dich dichtet und denkt, glaubst du ein Dichter zu sein?" — dieses Goethe-Wort könnte in leichter Variation über den Eingängen der Konzertsäle prangen. Was alles hält sich für berufen, die Menschen zwei Stunden festzuhalten, wer alles nennt sich Künstler und paradiert mit eingeübten Künsteleien! Daß ein Lied gelingt, weil das Organ Töne hergibt; daß eine Passage auf dem Klavier dahinrollt, weil Zeit zum Üben war; daß ein Werk unser Ohr hat, weil es aus sich heraus Macht hat und Ueberzeugung: was besagt das für den Konzertveranstalter? Technik, Arbeit, Üben, Ausfeilen an einem Stück ist ja nur ein knapper Anfang, ist ein Nichts. Musik denkt, dichtet für uns. Wir wollen sie im Temperament, im Erleben einer Individualität nachgeschaffen sehen, wollen hören, wie ein Herz und eine Seele musikalische Werke umklammert, und wie sich aus der Vereinigung Wirkung löst. Das allein ist Leben mit der Kunst, Aufsteigen an ihren Geistern. Alles andere geht neben der Kunst einher.

Nehmt das Werk fort und seinen Wert, berauscht euch nicht an einer Modesensation, geht weg von den Schlichen der Reklame, die so leicht Erfolg vorheuchelt, und fragt dann, ob der vermittelnde Künstler noch immer auf hohem Turm steht. Schärft Ohr und Blick, seid kritisch; wenn aber das Blut dann noch in Wallung kommt, dann laßt es auch bis in die letzte Faser des Herzens strömen. Das war, als Meister Nikisch Bruckners VII. Sinfonie dirigierte. Da war kein Ton, keine Phrase unbedacht, da setzte sich nichts Kantiges und Scharfes, da hob eine empfindsame Hand den Schleier von sanften Unverständlichkeiten, wuchtete das Grandiose selbst im Adagio fühlend heraus und ließ, in wundervoller Abstufung, die kein Partiturbild dem Blinden zeigt, Farben leuchten. Schatten spielen, Gegensätze vorbereiten und abklingen. Was bleibt von dem Vorwurf der Harmlosigkeit an Bruckner haften? Nicht ein Wort. Diese Siebente nicht lieben heißt: sie nicht kennen. So erfühlt, so männlich-weich erlebt wie bei Nikisch klingt sie allerdings nicht alle Tage. Nicht alltäglich war auch, wie diesem Dirigier-Phänomen das klavieristische Phänomen v. Kováts Tempi im C-moll-Konzert Beethovens aufzuzwingen suchte. Ein Muster von Spielsauberkeit, froh im Zeigen seltener Spielgelenkigkeit, reich an Empfinden und überreich an musikalischem Sonde, so rast dieses Kind der Musik nach. Austoben, erleben lassen — und die Kunst, in deren Falten sich die kindlichen Hände sicher angeklammert haben, verschwistert sich ihr ganz. Hier ist Aufschwung. Auch bei Josef Mann, der die Arie des Pylades aus der „Iphigenie" mit edlem Ton und ehrlicher Deutung uns zu herzen singt.

Der Thielsche Madrigal-Chor, längst fest in seiner Technik und nur sekundenweis von einer schlechten Aufpasserin einmal erschüttert, singt Madrigale und Lieder so erquickend schön, daß der Weg Jahrhunderte zurück nicht als schwer empfunden wird. Bleiche, nachdenkliche Weisen von Arcadelt und Regnart, ein Schäferlied aus dem 16. Jahrhundert, frisch melodisch aufgebaut auf der Kling-Klang-Quinte eines Saiten-Instruments, kecke Gebilde Lassoschen Satzes, dessen „Geto" allerdings die gehäufte Veräußerlichung eines Scherzes ist und verschwinden darf. Zwischendurch greift die schlanke Hand der gebildeten Landowska-Schülerin Alice Ehlers in die Saiten des Cembalo und wirbt erfolgreich für eine schnellfüßige Sonate Marellos, der Bachsche Bässe gekannt haben muß. Werk und Spieler werden zur Einheit.

Dann aber —. Ich greife aus der Schar von Solisten, die schon viel Eigenes hergeben müssen, um wirklich für sich selber interessieren zu können, noch einige heraus, die einmal Bisher werden können, oder die in Teilen ihres Programms künstlerisch besonders wirken: Ilona Furigo weiß um den Ausdruck, um die trauliche Gesamt-Umhüllung eines Lieds, zielt nach dem Kern. Drei altdeutsche Lieder klingen fröhlich in den Saal. Dann stockt es, die Stimme bleibt uniformiert, gibt nur noch eine einzige, gleichmäßige Lage her; und auch die Brahmsschen Lieder, denen Emma Schulz eine zu massige Bratschen-Stimme hinzugesellt, kommen über den bürgerlichen Atem nicht heraus. Agnes Leydhecker setzt einen weichen und dennoch großen Sopran mit der Tiefenfärbung eines Alt für die ernsten Gesänge Brahms' ein. Ihre solide Technik weiß zu verschleiern, daß der Stimme Blüte vorbei ist, ihr Empfinden scheint immer wieder neu genährt und gestärkt. Gerade daran fehlt es der sonst so sympathischen, in der Bewältigung ihrer Mittel aber noch unfertigen und zaghaften Else v. Monakow. Schuberts „Rosenband" und „Fischerweise" gleiten farbig dahin, und auch der Ausdruck bleibt sinnig, gefällig. „Verklärung" aber und „Junge Nonne" leiden an einer Mattheit der Töne, die nicht mehr allein technisch entschuldbar ist. Die musikalische Linie entgleitet, Töne klingen, sammeln sich aber nicht zum Lied. Ich wünsche der Sängerin ein großes Erleben, das sich in jeder Weise, jedem Klang offenbaren müßte. Der Weg steht ihr offen.

Eugen Lina spielt die chromatische Fantasie und Fuge (Bachs) mit solidem Anstand; technisch sauber, ohne Größe, mit verstehender, nicht überall fühlbarer Liebe. In Beethovens op. 31 schwingt die Seele mit, und freudigste Anteilnahme ist ihm sicher, selbst wenn er dem letzten Satz nicht genügend Glätte und Bindung gibt. Paul Schramm kann in zwei virtuos hingelegten Effektstücken von Liszt nur andeuten, daß er ein sattelfester Musiker ist, sticht aber als Begleiter wundervoll ab von einer Sängerin, die eben zu jenen allzuvielen gehört, die heute noch eine ehrenwerte Kunstgöttin von ihren Rockschößen abschüttelt. Wir wollen diesen und manchen anderen Namen verschweigen. Bis wir empfinden: auch diese treibt der Zauber und der Geist der Musik wirklich in die Höhe!

Kurt Singer.

Auch Hannovers Wälder fallen. Aus Hannover wird uns geschrieben: Wer sich im vergangenen Sommer in den waldreichen Gegenden vom Harz zur Weser, im Teutoburger Walde oder in den noch so waldreichen Teilen der Lüneburger Heide ergötzte, konnte noch der bittern Kriegszeit im Angesicht der Schönheiten deutscher Landschaft wieder neue Hoffnung schöpfen. Tröstend durchleuchtete manchen Wanderers Seele der Gedanke: Eins müssen die Feinde uns lassen, unser deutsches Landschaftsbild in seiner Eigenart und Treue bleibt uns doch erhalten! Und doch fällt auch in diesen Labetrunk der bittere Wermutstropfen. Die Kohlennot hat auch hier bereits gewirkt. Torf und Holz sollen Ersatz liefern und man ging in die Wälder und schlug die Bäume nieder, Eichen, Buchen und andere Hartbölzer, die ein festeres Brennmaterial liefern als die harzige, weiche Tanne. Und je weiter der Winter fortschritt, desto mehr mußten die Wälder von ihrem besten Besitz hergeben. Schon droht in waldarmen Gegenden eine kaum wieder gutzumachende Entwaldung, während in den großen, geschlossenen Waldgebieten diese Gefahr wohl noch nicht so groß ist. Aber, wie gesagt, aus Gegenden, wo der Wald dünner ist, kommen bereits Klagen. Und in einigen Gegenden wird die Axt sogar auch den Bäumen, die der Landschaft ein charakteristisches Gepräge geben, Birken, Pappeln und dergleichen, an die Wurzel gelegt. Ein Gut von unschätzbarem, idealem Wert wird damit zerstört!

Die Zukunft der Wiener Staatstheater. Im Budgetausschuß der österreichischen Nationalversammlung erklärte Staatskanzler Dr. Renner, daß die beiden Staatstheater unter allen Umständen, selbst wenn sie hohe Aufwendungen erfordern, dem Staate und dem Volke erhalten bleiben müßten und nicht zu reinen Erwerbsunternehmungen werden dürften. Das Publikum habe sich verwandelt; während früher in der Oper sich alle großen und kleinen Musikgemeinden zusammenfanden, sind diese Kreise durch die hohen Gebühren jetzt geradezu ausgeschlossen. Die erhabene Musik der Oper wird für Leute gemacht, die sich zerstreuen wollten und die hinter den Logen ihre Schiebergeschäfte machen. Der Unterrichtsverwaltung wird die Aufgabe zufallen, eine solche Organisation zu ermöglichen, die den wirklichen Kunstinteressen und dem künstlerischen Nachwuchs dient.

Der letzte europäische Wisent. Der letzte Wisend, der in Europa noch in freier Wildbahn ging, ist (nach dem „St. Hubertus") im September des Jahres 1919 niedergeknallt worden. Damit ist der mächtigumwallte Wildstier der Urwälder, der letzte Vertreter einer sonst ausgestorbenen Wildgattung, der im Urwald von Bialowiez nur noch eine Zufluchtsstätte gefunden hatte, nunmehr in Europa ausgerottet. Beim Abmarsch der schützenden deutschen Besatzung waren noch 120 bis 140 Stück da! Jetzt lebt nur noch im Kaukasus, den man den „sechsten Erdteil" genannt hat, weil ihn die Russen weder zu Europa noch zu Asien rechnen, hier und da sein wilder Vetter, der „Tscherkessenbüffel". Doch wie lange noch?

Theater. Im Theater in der Königgrätzer Straße wird heute in Neuordnung des Spielplans Wedekinds „Schloß Wetterstein" aufgeführt.

Ueber die drei Verwandlungen in Nietzsches „Zarathustra" spricht Theodor Kappstein am 25. Jan. vormittags 11½ Uhr im Harmoniumsaal, Steglitzer Str. 35, im Rahmen der von der Ethischen Gesellschaft eingerichteten „Beiblichen Sonntagsfeiern".

„Die soziale und kulturelle Bedeutung der Architektur." Ueber dieses Thema spricht der Architekt Max Taut am Mittwoch, den 21. Januar, abends 7½ Uhr, in der „Arbeiter-Kunst-Ausstellung", Petersburger Straße 30, I. (Geöffnet täglich von 5—8 Uhr. — Führung um 6 und 7½ Uhr.)

Kurt Tucholsky widmete den ihm verliehenen Geistpanzer-Preis den hungernden Kindern Wiens.

Plattdeutsch in den Schulen. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat einen Erlaß zur Pflege des Plattdeutschen in den Schulen des niederdeutschen Sprachgebiets ausgegeben. Wir begrüßen diesen Erlaß, in dem es heißt: „Die heimische Mundart wird vielfach gerade ein Hilfsmittel sein, um den Schülern das Verständnis und den Gefühlsinhalt des Hochdeutschen zu erschließen." Besonders in der ersten Zeit des Unterrichts soll der Lehrer das Plattdeutsche verwenden, weil es ihm helfen kann, das Vertrauen der Kinder zu erlangen.

Helfferich gegen Erzberger.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Die Rede des Angeklagten Helfferich, die wir im gestrigen Abendblatt ausführlich wiedergegeben haben, wird von dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Baumbach wiederholt mit dem Hinweis unterbrochen, daß es doch zweckmäßig wäre, bei dem allgemeinen Teil die Ausführungen möglichst zu beschränken, da es einerseits nicht möglich sein werde, diese politischen Ausführungen nachzuprüfen, es sei denn, daß darüber weitgreifende Zeugenvernehmungen stattfänden. Im übrigen würden ja bei den einzelnen Gruppen diese Dinge noch ausführlich zur Sprache gebracht werden. Der vom Angeklagten gebrauchte Ausdruck „Reichsverderber" gegenüber dem Nebenkläger sei doch ein sehr starker, und es würde wohl genügen, diesen Ausdruck als Kennzeichen für die Ansicht des Angeklagten über die politische Tätigkeit des Nebenklägers hinzunehmen. Es muß natürlich dem Nebenkläger Gelegenheit gegeben werden, sich ausführlich über die aufgestellten Behauptungen zu äußern. — Weitere Zwischenfragen und Verhaltungen des Vorsitzenden dienen dazu, genau festzustellen, welche Bedeutung einzelne seiner Ausführungen haben sollen.

Nach Abschluß der Rede fragt der Vorsitzende den Beschuldigten: Aus Ihren Ausführungen ergibt sich ja schon, warum Sie geglaubt haben, zu scharfen Verordnungen zu greifen, weil Sie sich persönlich durch den Nebenkläger angegriffen fühlten. Nun kommen aber in der Broschüre so

außerordentlich scharfe, beleidigende Ausdrücke

vor, die an sich doch zur Wahrung Ihrer Stellung nicht absolut notwendig gewesen wären. Darf ich annehmen, daß Sie diese Ausdrücke absichtlich gewählt haben, um damit die Stellung des Strafantrages zu erzwingen? — Dr. Helfferich: Ja!

Oberstaatsanwalt Krause: Ich will die Sache hier nicht vom politischen, sondern vom rein juristischen Standpunkt betrachten. Wenn wir hier auf alle diese komplizierten politischen Fragen eingehen würden, so würde die Sache bald ins Uferlose gehen, wir werden

monate- und eventuell jahrelang

hier verhandeln und wir würden trotzdem vielleicht keine Klärung der Frage herbeiführen können, welche Partei als Kriegsverursacher in Frage kommt. Der Oberstaatsanwalt geht sodann ausführlich auf die politischen Angriffe in der Broschüre ein und versucht an zwei Beispielen nachzuweisen, wohin man komme, wenn man die Richtigkeit dieser Angriffe innerhalb der Beweisaufnahme nachprüfen wollte. Die Strafkammer des Landgerichts sei nicht das Tribunal, vor dem diese Dinge nachgeprüft werden können. Wir haben uns hauptsächlich mit den Artikeln, soweit

Erzberger als Mensch

angegriffen wird, zu beschäftigen, und da muß ich sagen: die Artikel gehen weit über das Niedliche, auch über das, was man parlamentarisch nennt, hinaus. Ich möchte die Parteien bitten, ein Entgegenkommen zu zeigen, so, daß der Nebenkläger nur die Bestrafung formaler Beleidigung verlangt und der Angeklagte es dem Gerichtshof überläßt, in dieser Beziehung die Entscheidung zu treffen. Dann werden wir die ganze Sache enger begrenzen und über die Schwierigkeiten hinwegkommen. Ein solches Entgegenkommen der Parteien würde nach Vernehmung einer Reihe von Zeugen wohl möglich sein.

Der Vorsitzende hält dem Nebenkläger diese Anregung des Oberstaatsanwalts vor. Geh. Justizrat Dr. v. Gordon erklärt, sich im Augenblick nicht dazu äußern zu können. Zur Streckung der Beweisaufnahme äußert sich R.-A. Dr. Alsberg u. a. dahin: Wir haben uns stets auf den Standpunkt gestellt, daß wir nicht bestimmen wollen, was wir beweisen wollen, sondern was die Gegenseite durch uns beweisen haben will, und daß wir den Gegenstand des Prozesses nicht verschoben haben möchten. Der Nebenkläger fühlt sich in bezug auf das Thema „belgische Frage" durch die Behauptung des Dr. Helfferich, seine Ausführungen seien „gemeine Lüge", getroffen. Dieser Ausdruck liegt doch innerhalb des Komplexes der anderen Beleidigungen, es kann also wohl die

Aufrollung der belgischen Frage

umgangen werden. — R.-A. Dr. Alsberg: Was wir vor allen Dingen erörtert haben wollen, ist die Verquickung der politischen und geschäftlichen Tätigkeit des Nebenklägers, und die Angriffe meines Klienten richten sich gegen den Nebenkläger als Politiker und Mensch. — Vors.: Diese Ausführungen mögen die Parteien zum Nachdenken auffordern, ob es im Interesse Deutschlands liegen würde, wenn wir die belgische oder die österreichische Sache hier aufrollen würden.

Es erhält hierauf das Wort der Nebenkläger

Reichsfinanzminister Erzberger:

Ich will dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden, möglichst kurz zu sein, gern Rechnung tragen. Sollte es trotzdem länger dauern, so ist das darauf zurückzuführen, daß ich gezwungen bin, die Angriffe des Angeklagten, die er hier in voller Oeffentlichkeit vorgebracht hat, zu widerlegen. Ich stehe seit 17 Jahren in der Oeffentlichkeit, seit zwei Jahren bin ich Minister, und wer die politischen Verhältnisse kennt, wird mir zugeben, daß man auch mal Fehler machen kann, das ist allgemeines Menschenlos! Aber eins habe ich mir stets in meiner Tätigkeit vorschweben lassen:

Ich will bis ans Ende meines Lebens dem ganzen deutschen Volke dienen!

In meiner parlamentarischen Tätigkeit bin ich schon früher häufig mit dem Angeklagten zusammengestoßen. Eine geradezu lächerliche Behauptung ist es, wenn man versucht, mir zu unterstellen, daß ich

an einem Diebstahl beteiligt

gewesen sein soll. Mein Gewissen ist rein, und wenn von dem, was der Angeklagte hier gesagt hat, auch nur ein minimaler Prozentsatz wahr wäre, so würde ich nicht hier stehen und hätte längst die Konsequenzen gezogen und wäre von der Bildfläche verschwunden.

Was die von dem Angeklagten behauptete Art der Materialbeschaffung anbetrifft, so kann ich sagen, daß ich von der Unmenge Material, das mir in meiner parlamentarischen Tätigkeit angeboten worden ist, nicht 10 Proz. verwendet habe. Auch die angebliche Indiskretion, die ich mit dem Brief des bei der Waffenstillstandskommission tätigen Majors begangen haben sollte, ist frei erfunden.

Der Angeklagte sagt weiter, ich hätte mich bei Kriegsausbruch gleich der

Behörde zu Propagandazwecken

zur Verfügung gestellt. Das gerade Gegenteil ist der Fall! Es war gar nicht mein Wunsch, auf Drängen der Marineverwaltung bin ich tätig gewesen, ich habe mich sogar gewehrt dagegen, man hat mich dazu gepreßt, man hat gesagt: „Sie haben doch gute Beziehungen zum Auslande!" Ich habe mich dann sogar mit dem damaligen Direktor der Deutschen Bank, Helfferich, in Verbindung gesetzt, wie die mir übergebenen Gelder verbucht werden sollten usw.

Was meine angeblich schädliche Propaganda im Auslande anbetrifft, so erkläre ich, daß ich nur einen Teil davon hatte, neben mir arbeiteten Militär- und Marinestellen, und alles, was diese Stellen falsch gemacht haben, wird jetzt auf Konto Erzberger verbucht. Mein Auftrag ging dahin, unter den Katholiken des neutralen Auslandes und auch in den feindlichen Ländern eine

günstigere Stimmung für Deutschland

zu erzeugen, und wohl jeder weiß, wie schwer es war, in diesem Kriege für Deutschland Sympathien zu erzeugen. Wenn Herr Helfferich weiter behauptet, ich hätte meine eigene Politik gemacht, so gebe ich meine Beziehungen zu dem Hause Bourbon-Parma zu, aber ich habe diese Beziehungen stets ausgenutzt zum Wohle des deutschen Volkes. Ich stand dadurch auch in bester Fühlung mit unseren Verbündeten und mußte dies, da ich der Ansicht war, daß der Abfall auch nur eines Verbündeten die Niederlage Deutschlands nach sich ziehen würde. Wie recht ich damit hatte, zeigte der am 18. September erfolgte Abfall Bulgariens, dem bald Oesterreich folgte.

Minister Erzberger geht sodann ausführlich auf die Momente ein, die ihn zu der sogenannten

Friedensresolution

geführt hatten und erklärt, daß diese Maßnahme stets mit goldenen Lettern in der Geschichte des deutschen Parlaments eingetragen sein wird. In der Politik könne man eben nicht nach Richtlinien gehen, die man sich vorher gezogen habe.

In längeren Ausführungen geht Minister Erzberger sodann auf seine Wiener Reise und seine Beziehungen zu Czernin ein und betont besonders, daß jener Geheimbericht in der Schweiz längst bekannt und auch schon anderweitig nach Deutschland gekommen war.

Sehr scharf protestieren muß ich — so fährt Erzberger fort — gegen die Unterstellung des Angeklagten, als ob ich in Compiègne deutsche Interessen preisgegeben habe. Hindenburg soll hat mir die Instruktion gegeben, ich solle nach Möglichkeit in bestimmten Punkten Milderungen zu erreichen suchen, und wenn ich keine Milderungen erreichen könnte, so solle ich — und diese Instruktion wurde vom Präsidenten Ebert bestätigt — den Vertrag unterzeichnen, da im Falle der Nichtunterzeichnung in der damaligen Situation neues großes Unglück über Deutschland hereingebrochen wäre. Falsch ist auch, ich hätte die Handelsflotte ausgeliefert. Durch mich ist die Flotte lediglich zur Verfügung gestellt worden, und der Zweck war lediglich, so schnell wie möglich Lebensmittel heranzuschaffen. Wenn das nicht geschehen wäre, so wäre im Sommer

der völlige Zusammenbruch

Deutschlands erfolgt. Ich rechne es mir mein Leben lang als Verdienst an, durch die Unterzeichnung des Vertrages einen neuen Krieg verhindert zu haben, es wäre namenloses Unglück entstanden, wenn ich nicht unterzeichnet hätte. Es ist auch unrichtig, daß in den feindlichen Zeitungen gestanden habe, ich sei stets zur bedingungslosen Unterzeichnung bereit gewesen. Ich war mir völlig darüber klar, daß ich, wenn ich meinen Namen zum Abschluß der Vertrages hergebe,

von vielen Menschen beschimpft

werden würde, aber es hieß damals Frieden schließen um jeden Preis.

Ich sehe tatsächlich in dem Angeklagten

einen der Mitschuldigen

an dem entsetzlichen Ausgange des Krieges. Ich bin auch dafür, daß die Korruption mit Pech und Schwefel ausgerottet werden muß. Da will der Angeklagte behaupten, ich hätte politische Tätigkeit und Geldinteressen verknüpft? Abgeordnete sollen zwar aus dem Wirtschaftsleben entstammen, sich aber nicht als Aufsichtsräte betätigen. Ich kenne Dutzende, ein halbes Hundert Abgeordnete, bei denen dies nicht zutrifft. Weil der Abgeordnete Erzberger aber in einen Aufsichtsrat gewählt wurde, da wurde schnell

ein Ausnahmegesetz

geschaffen. Bemerken will ich nur: Es ist nicht richtig, daß ich

vermögenslos nach Berlin gekommen

bin, ich muß dies leider sagen und sogar familiäre Dinge hier zur Sprache bringen: meine Frau besitzt Vermögen. Es ist ferner falsch, daß ich ein sehr beträchtliches Vermögen habe, es schwirren ja in der Oeffentlichkeit die tollsten Gerüchte über mich herum. Mir wird vorgeworfen, daß ich viel mehr ausgebe, als mein Ministergehalt beträgt. Ich bin überzeugt, daß der Angeklagte viel mehr für Miete ausgibt als ich. Es ist wirklich herrlich weit in Deutschland gekommen, daß man einem Manne, der im politischen Leben steht, einem Minister, nachrechnet, wie viel er für sein Abendbrot ausgibt! Ich will aber auch auf dies alles nicht eingehen, weil dies Sache der Beweiserhebung ist. Der Angeklagte wird es dann aber erleben müssen, daß er tatsächlich auf recht

viel Quatsch und Tratsch

hineingefallen ist. Der Nebenkläger bekämpft im einzelnen die zahlenmäßigen Ausführungen des Dr. Helfferich über dessen von ihm zahlenmäßig dargelegte finanzpolitische Tätigkeit und verteidigt seine Finanzpolitik mit Nachdruck. Was in Weimar

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts" im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für Februar bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

4)

Jan Krebsfreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufgezeichnet von Hans Müller-Schlösser.

„Still, Fernand! Wenn wir auf 'm Standesamt unsere Lodung gelöscht hant, werfen wir im „Sonnenaufgang" Anker aus, dann kanns du dich mit einem Glas oder drei Lagerbier abkühlen."

Sie bogen um die Ecke der Zitadellstraße und gingen an der Franziskaner Kirche vorbei. Da saß vor der Türe auf ihrem Klappstühlchen die alte Madam Krüll bei ihren Wachskerzen, die sie als Opfer für die armen Seelen im Fegefeuer verkaufte. Als die Witwe eines ehemaligen Tambours der bergischen Truppen, die unter Napoleon nach Rußland gezogen waren, war sie selber ein Ueberbleibsel der napoleonischen Zeit. Sie hatte als Marketenderin schon mehrere Feldzüge mitgemacht, als sie ihren späteren Mann, den kleinen Mathias Krüll, ihren „Matthieu", in der Gegend von Witebsk kennen lernte. Er war während eines Gefechts an ihren Wagen herangewankt, blaß wie ein Toter, und hatte sich von ihr die Schnapsflasche füllen lassen. Es war dem kleinen Tambour nämlich übel geworden, als er den ersten Verwundeten gesehen hatte, einen französischen Kürassier, dem die rechte Hand abgeschossen worden war und dem das Blut durch den weißen Mantel tropfte. Die robuste Marketenderin hatte Mitleid mit dem armen Tambour, der kein Blut sehen konnte, und dem gefiel es bei den vollen Kitten und Flaschen so gut, daß er lieber der drallen, ewig plappernden Jeanette beim Schnapsverkauf half, als daß er zum Gefecht die Trommel rührte. Und es dauerte nicht lange, da waren sie sich einig, sich zu heiraten und in Düsseldorf mit Jeanettes gesparten schönen Talern ein Spezereiladen aufzumachen. Aber bei dem jammervollen Uebergange der zertrümmerten „Großen Armee" über die Beresina kippte in dem fürchterlichen Gedränge der vollbepackte Wagen Jeanettes um, fiel in die Beresina und versank zwischen den Eisschollen mit Pferd und allem, was darauf war, auch mit den schönen, gesparten Talern. Jeanette wollte in ihrer ersten Verzweiflung nachspringen, aber der „Matthieu" hielt sie fest, drückte sie an sich und sagte, es wäre ja verdammt schade um die schönen, blanken Taler, und wenn es jetzt auch mit dem Spezereiladen nichts gäbe, so könnte er doch mit seiner Klarinette für zwei und so Gott will für noch mehr das Brot verdienen. Am Rhein wäre jeden Sonntag irgendwo Kirmes, und um Hochzeiten und Kindtaufen wäre er schon gar nicht verlegen, wie er die Rheinländer kenne, und, offen gestanden, so ein Spezereiladen wäre ihm doch nicht so recht nach der Mütze. Also darum kein Kopfhängenlassen! Und schließlich wäre es noch gar nicht ausgemacht, ob nicht die Lauferussen und andere Spitzbuben ihnen auf dem unmenschlich langen Wege nach der Heimat doch noch nach und nach alles abgenommen hätten. Dann doch lieber der Katz' den Schwanz mit einem Hieb abgeschnitten! Und die Jeanette hatte sich unter Tränen lachend an seinen Hals gehängt. — Und heute saß sie als Matrone, schon ein wenig gebückt, mit grauem Scheitel und Runzeln in dem lebhaften Gesicht, auf ihrem Klappstühlchen vor der Türe der Franziskaner Kirche und verkaufte Wachskerzen und Rosenkränze. Ihr „Matthieu" hatte sich vor etlichen Jahren auf dem winternächtlichen Heimwege von einer Hochzeit nasse Füße und den Tod geholt, der gute Matthieu, der trotz des rückständigen Soldes ihren großen Empereur als einen Halbgott verehrt hatte. Reichtümer hatte er mit seiner fleißigen Klarinette nicht erworben und als er starb, hinterließ er nichts als eben diese Klarinette, eine Witwe und den kleinen Matthieu. —

„Bongschur, Madam Krüll!" begrüßte Grades sie und blieb vor ihr stehen, „ich will heut zwei Kerzkes opfern, eins für die armen Seelen und eins für die heilige Mutter Goddes."

Damit warf er ihr das Geld in den Schoß.

„Oh, Malheur!" rief sie und legte ihren Strickstrumpf auf das geflochtene Henkelkörbchen neben sich, „Monsieur Grades, zwei Kerzen! Oh, isch bin verschrocken! Die kleine, junge Frau, das liebe Herzchen, ist sie vielleicht geworden malade?"

„Nee, Madam Krüll, nix malad!"

„Ah, bon Dieu, merci! (Gott sei Dank) Monsieur Grades, isch bitte Ihn grüßen die kleine Madame Grades von mir, s'il vous plaît (wenns beliebt). Und soll bleiben immer gesund! Isch mag sehen serr gerne die Madame Grades! Oh, ist si jolie, si modeste, si gentille! (so hübsch, so bescheiden so artig). Wenn die Madame einmal haben von — von congestions — on ne peut pas savoir! n'est-ce pas — (Blutandrang — man kanns nie wissen, nicht wahr) isch habe von Medikaments serr gute!"

„Merzi, Madam Krüll!" wehrte Grades ungeduldig ab, „seid so gut, die zwei Kerzkes!"

„Oh, isch verstehen! zwei Kerzen! Sie wollen machen eine große voyage sur mer, n'est-ce pas? (Seefahrt, nicht wahr) Und die Sainte Vierge soll schützen vor die große Wasser und die schlimme Wind.. — Oh, Sainte Vierge, mon bien bon ange tutelaire!" (Heilige Jungfrau, mein sehr guter Schutzengel) sagte sie und faltete fromm die Hände, „ist la mère de tout le monde! (die Mutter von jedermann) Ist gewesen bei mir und bei mon bon Matthieu en Russie et — Dieu bénisse! — à la Bérésine! — Très bien (meinem gutem Matthieu in Rußland und — Gott sei gesegnet — an der Beresina. — Sehr wohl), M'sieur Grades, zwei Kerzen für gute voyage!" (Reise).

Sie stand von ihrem Klappstühlchen auf und nahm aus einem blauen Papierpaket zwei dünne, gelbe Wachskerzen.

„Nee, Madam, nix Wojasch! Ich han —"

„Nix voyage?! Hé, quoi donc? Justement un événement heureux? n'est-ce pas? une affaire heureuse, n'est-ce pas? (Nix Reise? Nun, was dann? Also ein glückliches Ereignis? nicht wahr? ein glückliches Geschäft, nicht wahr?) Ah, die zwei Kerzen sollen sein ein bien merci dafür, n'est-ce pas?" (schöner Dank dafür, nicht wahr?)

Sie zündete die beiden Kerzen an den anderen, die auf einem mit Blech beschlagenen Brett flackerten, an und stellte sie auch auf das Brett. Faustdick hatte sich das abfließende Wachs angesammelt und hing in mächtigen, erstarrten Tropfen über dem Rande. Und während sie diese Tropfen abbrach und auf das Brett warf, plapperte sie weiter:

„Oh, isch habe gemerkt an Ihre fröhlisch Gesicht, daß Sie haben eine affaire heureuse! (glückliches Geschäft) Alle beide haben ein Gesicht, ganz freudisch, ganz lustisch, außi le M'sieur Kattelmeschell! Er haben ein Feuer in die Augen wie eine junge Mädchen, wenn sie huscht in dunkle Abend hu die Bien-aimé (Vielgeliebten), hö, hö! — Hé, m'sieur Grades, plaît-il (ist's gefällig), mir hu sagen, was haben erlebt Schönes heute? Sie müssen wissen, daß isch misch serr freuen, wenn andere Menschen haben Glück. Ist so wenig Glück in die Welt, man muß sich freuen auch über eine ganz kleine bißken!"

Grades strahlte über das ganze Gesicht. Er nickte ein paarmal kräftig, spuckte weit hinter sich und antwortete:

(Forts. folgt.)

in den vier bis fünf Wochen nach seinem Eintreffen geschaffen worden, sei geradezu grundlegend geworden für die gesamte deutsche Steuerpolitik. Gewiß habe er den Angeklagten als den leichtfertigsten Finanzminister bezeichnet. Das durfte er doch wohl tun, wenn man bedenkt, was Herr Helfferich alles über ihn gesagt hat. Aber er begründe seine Ueberzeugung nicht, wie Herr Helfferich durch einige Zahlen. 2 Milliarden Mark im Jahre 1916 waren mehr als 5 Milliarden im Jahre 1919.

Was ich in bezug auf Helfferichs Aspirationen im Hinblick auf Belgien gesagt habe, habe ich zur Abwehr hineingeworfen und dazu war ich doch wohl als Minister berechtigt, denn ich brauche mich doch nicht darauf zu beschränken, was dem Angeklagten gerade behagt. Wenn man untersucht, wer die Mitschuld trägt, an unserem schließlichen Zusammenbruch, so wird man dem Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich

ein gerüttelt Maß von Mitschuld

auf Grund seiner Stellung gegenüber Belgien zuweisen müssen. Was ich in dieser Beziehung gesagt habe, war die Antwort auf Angriffe des Angeklagten.

Was das englische „Friedensangebot" betrifft, so habe ich von einem „Friedensangebot" überhaupt nicht gesprochen, sondern dieses Wort ist von einer Pressenotiz aufgebracht worden, und daran hat sich das weitere angeknüpft. Ich habe nur von einem „Friedensfühler" und einer „Friedensaktion" gesprochen, und ein Historiker und Politiker von dem Rufe des Prof. Delbrück hat mir darin Recht gegeben, daß im September 1917 noch

die Möglichkeit eines guten Friedens

vorhanden war, wenn die Regierung eine bündige Erklärung über Belgien abgegeben hätte. Aber die damalige Regierung hat sich zu einer solchen Erklärung nicht verstanden. Ich sehe der Beweiserhebung über alle Dinge, die der Angeklagte hier anschneidet, mit vollkommener Ruhe entgegen; seine Beschuldigungen werden sich als unwahr erweisen. Meine ganze Politik ist getragen von der Liebe zu unserem armen Volke in dem Bestreben, ihm hinüber zu helfen über die furchtbar schwere Zeit.

Der Vorsitzende erklärte nach Schluß der Erwiderung des Nebenklägers, daß er weitere politische Erörterungen nicht zulassen werde und vernimmt nun Herrn Erzberger als Zeuge über den kurzen Punkt: in welcher Beziehung er zu den Artikeln in der „D. Allg. Ztg." steht, die Beleidigungen des Angeklagten enthalten, wie beispielsweise die Wendung: „Mit solchem

Gesindel und Pack

muß man sich herumschlagen!" — Der Zeuge erklärt hierzu, daß der betreffende Abwehrartikel nicht von ihm, sondern von einem bestimmten Beamten verfaßt sei. Er könne sich nicht genau besinnen, ob er den Artikel vor seiner Veröffentlichung gelesen habe. Vors.: Aber ein so schwerer Ausdruck würde Ihnen doch aufgefallen sein, wenn Sie den Artikel geprüft hätten. — Rechtsanw. Alsberg: Wer war denn der Verfasser des Artikels? — Zeuge Erzberger: Den Namen will ich nicht nennen. — Dr. Helfferich: Es ist unmöglich, daß ein Minister, der seinen Vorgänger angreift, sich einen solchen Artikel nicht vorlegen läßt. — Zeuge Erzberger: Der Artikel ist nicht von mir ausgegangen, sondern von den Beamten und eine solche Abwehr habe ich im allgemeinen gebilligt. — Dr. Alsberg: Haben Sie den Artikel des Herrn Dombrowski im „Berl. Tageblatt" veranlaßt. — Zeuge: Nein, ich habe nichts veranlaßt und ihn nicht vorher gesehen. Der Beamte hat die betreffenden Informationen aus eigenem Antrieb gegeben ohne mein Wissen. Ich weiß nur, daß ein Schreiben eingegangen war, das jene Behauptungen aufstellte. Dieses Schreiben ist in geordnetem Geschäftsgange erledigt worden. Auf eine Anregung des Angeklagten erklärt sich der Zeuge bereit, das Schreiben aus den Akten noch vorzulegen.

Es soll dann zur Erörterung der

Thyssen-Angelegenheit

und der Tätigkeit des Nebenklägers in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied des Thyssen-Konzerns bezw. der Verquickung seiner parlamentarischen Tätigkeit mit der geschäftlichen übergegangen werden.

Hierzu wird vorweg der Generaldirektor Guisbert von den Bayerschen Farbwerken vernommen, der später nicht abkömmlich ist. Er bekundet kurz folgendes: Bei einer Besprechung mit dem alten Herrn Thyssen am 12. Mai 1917 habe dieser gemeint, die deutsche Regierung würde im Falle eines Sieges die Grube des Briehbeckens übernehmen. Er (Zeuge) habe dann, als er am 18. Mai 1917 mit August Thyssen im Hotel Adlon zusammentraf, diesem gesagt, daß nach seinen bei der Obersten Heeresleitung eingezogenen Informationen dies nicht richtig sei, sondern General Ludendorff nur in Erwägung gezogen habe, einen Territorialaustausch zwischen der Briey-Grube mit Kalifeldern im Elsaß stattfinden zu lassen. Darauf war Thyssen sehr erstaunt und konnte es nicht glauben. Der Zeuge ist dann mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung getreten und als er nach Berlin zurückkam, ließ ihn Aug. Thyssen auf sein Zimmer bitten, und sagte ihm, er habe recht gehabt, und es müsse schleunigst

eine starke Propaganda für Briey

einsetzen. Dann entwickelte Herr Erzberger, der auch ins Zimmer kam, einen großen Plan, wie die Propaganda zu machen sei. Thyssen erklärte, er habe die Vertreter der Stahlindustrie schon versammelt, um die Mittel zur Entfaltung der Propaganda zur Verfügung zu stellen.

Erster Staatsanwalt von Clausewitz: Hat Herr Erzberger irgendetwas davon geredet, die Firma Thyssen wolle sich schon während des Krieges das Eigentum von solchen Gruben übertragen lassen? — Zeuge: Nein. Auf Vorhalt von mehreren Seiten glaubt der Zeuge aussagen zu können, daß es sich bei dem von Erzberger entwickelten Plan zur Propaganda um Annexion gehandelt habe.

Hiermit wird die Sitzung geschlossen und die Verhandlung auf Donnerstag vormittag 9½ Uhr vertagt.

Groß-Berlin

Wehrt Euch, Frauen, gegen die Reaktion!

In der von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Frauenversammlung, die am Montag in Berlin-Südost im „Reichenberger Hof" stattfand, sprach an Stelle der verhinderten Genossin Anna Simon die Genossin Helene Grünberg-Nürnberg (Mitglied der Nationalversammlung) über „Die Frau im Kampf gegen die Reaktion". Sie zeigte, daß unserem jungen Freistaat die Gefahr der Reaktion nicht nur von den rechtsstehenden Parteien droht, die uns mit einer Wiederherstellung der Monarchie beglücken möchten, sondern auch von den Kommunisten und mitlaufenden Unabhängigen, deren unmögliche Rätediktatur auch wieder nur den Monarchisten die Wege ebnen würde. Deutschnationale und Unabhängige, die durch ihr Treiben einander in die Hände arbeiten, haben ebenso nebeneinander gegen das Betriebsrätegesetz gekämpft, wenn auch aus entgegengesetzten Beweggründen. Die Frauen werden, ohne durch Maulaufreißer von rechts oder von links ihr gesundes Urteil verwirren zu lassen, in praktischer Arbeit klug, mutig und pflichtbewußt das Betriebsrätegesetz ausnutzen, das selbstverständlich auch ihnen die Vertretung in den Betriebsräten gewährt. Die Rednerin ging in ihren temperamentvollen Ausführungen denen die Zuhörerinnen mit gespannter Aufmerksamkeit folgten, auf die blutigen Ereignisse vom 13. Januar ein und brandmarkte die schuldbeladenen Unabhängigen. Sie wies die Sinnlosigkeit des Wütens gegen die jetzige Regierung nach, die ihre mühevolle Arbeit des Wiederaufbaues gehemmt sieht durch Aufhetzung der Bergarbeiter, der Eisenbahner usw., womit die Kohlennot verschärft, die Industrie stillgelegt, die Beschaffung von Nahrung, Kleidung und Wohnung unmöglich gemacht und die Not des Volkes bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird. (Zustimmung.) Wir haben nicht die Mehrheit in der Regierung, weil wir sie nicht in der Nationalversammlung haben, und daß wir sie da nicht haben, ist gerade die Schuld der Frauen, die gegenüber der Sozialdemokratie bei den Wahlen nicht ihre Pflicht getan haben. Das Wahlrecht, das die jetzige Regierung den Frauen gegeben hat, muß von ihnen bei den kommenden Wahlen benutzt werden zur Stärkung der Sozialdemokratie, zur Niederhaltung der Reaktion von rechts und von links. Dazu bedarf es unermüdlicher Aufklärung der Frauen darüber, was auf dem Spiel steht. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion wurde die Hoffnung geäußert, daß von den Frauen und ihrer politischen Betätigung eine Gesundung unserer Verhältnisse ausgehen werde.

Aufhebung der „Roten Fahne"-Druckerei.

Beschlagnahmte Hetzschriften.

Der Polizei ist es jetzt gelungen, eine der Hauptdruckereien für hetzerische Flugblätter und gleichzeitig den Herstellungsort der „Roten Fahne" während der Zeit ihres Verbotes zu ermitteln und zu schließen. Kriminalbeamte bemerkten, daß mehrere Leute mit schweren Paketen das Haus Elisabethstr. 24 verließen. Einer der Männer konnte festgehalten werden und man fand bei ihm 200 Stück eines Flugblattes, das von den politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der U. S. P. D. und den beauftragten der Räteorganisation unterzeichnet ist und gegen die Regierung und „die Wiederaufrichtung des monarchistischen und kapitalistischen Zuchthausstaates" zu Felde zieht. Als Herstellerin des Flugblattes wurde die in dem genannten Hause befindliche Druckerei von Otto Waldowski festgestellt und sofort durch Sicherheitsbeamte besetzt. Bei der Durchsuchung der Räume fand man u. a. 2000 Exemplare einer Extraausgabe des „Revolutionären Arbeiters", herausgegeben von der Kommunistischen Partei. Die Nr. 78 der „Roten Fahne" war bereits teilweise gedruckt, als die Polizei dazwischentrat. Bei Waldowski sind auch die Handzettel hergestellt worden, die zum Proteststreik am vorigen Donnerstag aufforderten, ebenso die Beitragsmarken der K.P.D. und die hetzerischen Schriften, die die Kundgebungen vor dem Reichstagsgebäude am 13. Januar mit ihren bedauerlichen Erscheinungen zur Folge hatten.

Die Vernehmung des Besitzers Otto Waldowski brachte allerlei Ueberraschungen zutage. W. wohnt in Rahnsdorfer Mühle und hatte die Druckerei an einen gewissen Herzfeld verpachtet. Am Tage stellte man Akzidenzen, harmlose Geschäftspapiere, Formulare usw. her. Nachts begann dann der eigentliche Druckereibetrieb, dessen Seele der 34 Jahre alte Setzer Fritz Klitz, genannt Schreiber, und der 32jährige Hilfsarbeiter Richard Witteck aus Neukölln, waren. Diese beiden Männer wurden nach ihrer eingehenden Vernehmung der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Das Papier für alle diese verbotenen Blätter erhielt die Druckerei ordnungsmäßig von der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe unter der Angabe, daß es zur Herstellung von Zeitschriften verwendet werden sollte. Interessant ist auch, daß in dieser Druckerei die Zeitschrift „Der Dada" das Licht der Welt erblickt.

Leider sagt der Bericht nicht, ob auch das Blättchen der guten Dadaisten bei der Beschlagnahme in Mitleidenschaft gezogen wurde, was sich unter Umständen, bei der großen Bedeutung der Dadas, zu einer Kulturkatastrophe auswachsen könnte. Aber wie sagt doch Goethe: „Mir tut es in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh."

Erleichterungen in der Lustbarkeitssteuerordnung.

Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Einführung einer neuen Ordnung zur bestehenden Vergnügungssteuer hörte in seiner letzten Sitzung die Vertreter der Freien Volksbühne sowie andere Vertreter, darunter Dr. Frankfurter und Prof. Felix Hollaender, die dafür eintraten, daß ernste, literarisch-künstlerische Theater mit verschiedenem Spielplan, die Anspruch hätten auf eine höhere künstlerische Bewertung, von der Lustbarkeitssteuer ausgenommen werden müssen. Der Ausschuß nahm von diesen Ausführungen Kenntnis und beschloß — Erleichterungen für Sport- und Turnzwecke in die Ordnung aufzunehmen. Ferner wurde beschlossen, der Ordnung einzufügen: „Der Magistrat kann solche Theater und Konzertveranstaltungen von der Steuer nach Anhörung von Sachverständigen freistellen, die ohne jede auf Gewinnerzielung gerichtete Absicht ausschließlich der Förderung der Kunst oder der Vorbildung dienen. Die Steuerbehörde kann erstmalige von Kunststudierenden veranstaltete Konzerte auf Antrag von der Steuer befreien."

Ein Wort an die Elternbeiräte.

Man schreibt uns:

„Schließt die Reihen in gemeinsamer Not und tue jeder an seiner Arbeitsstätte das Aeußerste für den Wiederaufbau des Vaterlandes!" sind wahrhaft beachtenswerte Worte. Und beim Beginn des neuen Jahres laßt uns mit aller Kraftanstrengung sorgen, daß der Kern des deutschen Volkes, aus dem heraus es sich verjüngen soll, fest, gesund und kraftvoll bleibe. Unsere Jugend an Leib und Seele gesund zu machen, muß die erste und höchste Pflicht des ganzen Volkes sein. Und wenn in den nächsten Wochen in allen Schulgemeinden die Elternversammlungen sich zusammenfinden zur Wahl der Elternbeiräte aus ihrer Mitte, so sollte an dem ersten Tage des Zusammentritts dieser Versammlungen als erster und einmütiger Beschluß gefaßt werden, die tiefernste Bitte vorzustellen: Wenn eine sittliche Erneuerung im Volke erstehen soll, so öffnet unseren Kindern unsere Schulen ganz; gebt ohne jede andere Rücksichtnahme unserer Jugend einen vollen, geregelten Schulbetrieb wieder! Fort mit der Zusammenlegung der Schulen! Fort mit der Kürzung des Unterrichts!" H.

Zu dem Kindermord in der Neuen Friedrichstraße wird mitgeteilt, daß die Kriminalpolizei ihre Ermittelungen jetzt abgeschlossen hat. Danach steht jetzt fest, daß die Frau die Tat in geistiger Verwirrung ausgeführt hat. Sie wurde jetzt dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die Mordkommission besuchte noch einmal den Tatort in der Neuen Friedrichstr. 49 und legte die Wohn- und Schlafräume, den Treppenflur und die Stelle, an der die Tonne stand, photographisch fest. Die Wohnung wurde dann dem Ehemann Hecklau wieder freigegeben.

Die Petroleumversorgung gesichert. Infolge größerer Einfuhren ist es jetzt möglich, wenigstens den dringendsten Bedürfnissen der Petroleumverbraucher zu genügen. Die für die Monate Dezember und Januar zu verteilenden Mengen an Leuchtöl entsprechen annähernd der Hälfte des durchschnittlichen Friedensbedarfs. Da Petroleum künftig nur solchen Personen zugeführt wird, die über keine andere Leuchtquelle verfügen, wird sich jetzt eine Petroleumnot kaum mehr fühlbar machen. Allerdings sind die Preise infolge der Valutaverschlechterung gestiegen. Während im Dezember das Liter Petroleum im Kleinhandel noch mit 2,75 M. verkauft werden konnte, wird es im Januar 8,20 M. kosten. Das Petroleum, das zur Verteilung im Dezember vorigen Jahres bestimmt war, aber infolge der Verkehrsschwierigkeiten nicht geliefert werden konnte, darf nur zum Dezemberpreis berechnet werden. Die Verteilung des Januar-Petroleums dürfte sich gleichfalls etwas verzögern.

Hans Hyans neuer Film „Die glühende Kammer" wurde im Lichtspielpalast Unter den Linden der Presse vorgeführt. Es ist ein effektvolles Drama, das in raffinierter Mischung und Steigerung Szenen aus Verbrecherkreisen und höfischem Milieu aneinanderreiht. Selbst durch die saftigen Kino-Knalleffekte spürt man das tiefe Verständnis für soziale Probleme, das Hyans Arbeiten auszeichnet. Die Darstellung war fast durchweg gut, vorzüglich mit Winterstein, Rosa Valetti und Melitta Ferrow besetzt. m. p.

Zugunsten Deutscher Kinder. Das Sonntagskonzert des Vereins für das Deutschtum im Auslande im Ulsa-Palast, dessen Erträgnisse sehr verdienstvoll auch einmal den deutschen Kindern zukommen sollen, brachte das oft gespielte Herzenlied Wildenbruchs unter der persönlichen Leitung seines Komponisten, M. v. Schillings. — Das Blüthnerorchester hielt sich dabei brav und der Vertreter Moissis — Moissi selbst war natürlich zu krank oder sonstwas — Carl Gerhard Schröder wußte sich mit der heiklen Sache gut abzufinden. Der Dirigent des Konzertes Seeber v. d. Floe, der zum erstenmal in Berlin auftrat, hatte sich schon vor dem Krieg in Dänemark und Schweden einen guten Namen durch sein Eintreten für deutsche Musik gemacht. Großen Beifall fand Emmi Leisner mit Brahmsschen Liedern in vollendeter Künstlerschaft. Mit einer straff und doch breit angelegten Wiedergabe des Meistersinger-Vorspiels endete das Konzert.

Im „Großen Schauspielhaus" findet Montag, den 9. Febr. — veranstaltet von der Künstler-Vereinigung Athenäum — ein Gesellschaftsabend statt. Musikaufführungen unter Mitwirkung erster Kräfte der Staatsoper, des Deutschen Opernhauses und berühmter Gäste. Darbietungen bekannter Mitglieder erster Bühnen (darunter ein Nestroyscher Einakter) werden geboten.

Treptow-Sternwarte. „Weltanfang und Weltende" lautet das Thema des mit Lichtbildern ausgestatteten Vortrages, den Robert Henseling heute 7½ Uhr im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte hält. Mit dem großen Fernrohr wird abends der Planet Jupiter beobachtet.

Millionenaufwendungen in der Erwerbslosenfürsorge Neuköllns. Für das verflossene Jahr hat die Stadt Neukölln für die Unterstützung ihrer Erwerbslosen die Riesensumme von 22 010 914 M. verausgabt. Diese Zahl entspricht einer täglichen Durchschnittsausgabe von zirka 70 000 M. Der Monat Dezember 1919 erforderte allein 1 090 000 M. In letzter Zeit hat sich jedoch eine starke Verminderung der Unterstützungsanträge bemerkbar gemacht. Während noch im November v. J. etwa 3600 Neuanträge bei den Geschäftsstellen der Erwerbslosenfürsorge gestellt wurden, beschränkten sich die Neuaufnahmen im Dezember auf 2400.

Mariendorf-Säbende. Zu Beginn der Sitzung stellte Brandt (U. S. P. D.) den Antrag, als Protest gegen die Vorkommnisse am Reichstag und als Ehrung für zwei dort getötete Mariendorfer Einwohner zum Zeichen der Trauer die Sitzung zu vertagen. Für diesen Antrag stimmten nur die Unabhängigen, die sich anscheinend auch nicht einig waren. Unsere Genossen waren mit der Demokr. und Bürgerlichen Fraktion der Meinung, daß die wichtigen Vorlagen keinen Aufschub erleiden dürfen und stimmten gegen den Vertagungsantrag. Die Unabhängigen verließen hierauf den Sitzungssaal; auch ein Teil der Zuhörer schloß sich ihrem Vorgehen an. — Genosse Waldheim erläuterte hierauf eingehend das Projekt der kommunalen Müllabfuhr, wonach die Abfuhr des Hausmülls in eigener Regie der Gemeinde ausgeführt werden soll; die Vorbedingungen in bezug auf Abladeplätze sind ganz besonds günstig. Es ist damit zu rechnen, daß außer einer Ersparnis von 90 000 M. im Jahre für die Hausbesitzer gegen die jetzt festgesetzten Gebühren der Wirtschaftsgenossenschaft noch ein Ueberschuß für die Gemeinde von zirka 80 000 M. herauskommen wird. Das vorgelegte Ortsstatut wird hierauf einstimmig beschlossen. Dem Antrag des Wahlausschusses auf eine genaue Festsetzung der stimmberechtigten Mitglieder des Wahlausschusses zur Prüfung der Frage, welche Bureauhilfskräfte und Arbeiter entbehrlich sind, wird zugestimmt. — Außer zwei Gemeindevorstandsmitgliedern und vier Gemeindevertretern gehören dieser Kommission an eine Vertretung der ständigen Angestellten, der Bureauhilfsarbeiter und der Arbeiterausschuß. Diese Korporationen haben je eine Stimme. Der Feststellung des Planes und dem Kostennachweis über den Ausbau der Großbeerenstraße wird zugestimmt mit der Maßgabe, daß die Anlieger mit 90 Proz. zu den Kosten herangezogen werden. — Eine ausgedehnte Debatte zeitigte die Nachbewilligung von Mitteln für Heizungszwecke. Infolge der ungeheuren Preissteigerung von Brennmaterial wird für die öffentlichen Gebäude der Gemeinde die Summe von 129 250 Mark verlangt. Genosse Kaphun und Vinte bringen Fälle zur Sprache, die darauf schließen lassen, daß Verbraucher von Heizmaterial auch solche Personen sein müssen, die dazu keine Berechtigung haben. Auch Gemeindevertreter Hesse (Bürgerlich) ist der Meinung, daß eine scharfe Kontrolle über den Koksverbrauch unbedingt notwendig ist. Zur Prüfung über die Heizungsanlagen und den Verbrauch des Feuerungsmaterials soll der Bauausschuß einen Sachverständigen zu Rate ziehen und der nächsten Gemeindevertretersitzung Bericht erstatten. Die Gemeindevertretung hat durch Beschluß festgelegt, daß Schulräume den politischen Parteien und gemeinnützigen Vereinen unentgeltlich evtl. auch geheizt zur Verfügung stehen, wenn keine behördlichen Bestimmungen dieses verhindern. Durch eine Verfügung des Kohlenkommissars soll eine Einschränkung des Heizmaterials eintreten, auch soll der Lichtverbrauch nach Möglichkeit herabgesetzt werden. Diese Verfügung hat dem Dezernenten für die Schulen Veranlassung gegeben, die Abhaltung von Versammlungen in den Schulräumen nur bis 9½ Uhr zu gestatten. Gegen eine derartige Einschränkung der Versammlungsfreiheit wird von allen Rednern energisch protestiert. Es wurde schließlich beschlossen, die Versammlungsräume in den Schulen wie bisher zur Verfügung zu stellen. — Von der Wahl eines Oberlehrers wird Kenntnis genommen und der Schaffung von etatsmäßigen Oberlehrerstellen am Lyceum zugestimmt. Auf Antrag des Genossen Kaphun wird der Polizeiverordnung über das Klopfen von Decken und Teppichen mit der Maßgabe zugestimmt, daß auch bei offenen Fenstern das Klopfen verboten ist. — Genosse Waldheim berichtete von einer Versammlung der Gemeindearbeiter, die aus Anlaß der Unruhen vor dem Reichstag beschlossen hat, zu Ehren der Opfer am Donnerstag die Arbeit ruhen zu lassen. Der Beschluß ging dahin, daß sämtliche Gemeindearbeiter diesen Tag durch Arbeitsruhe feiern. Nach eingehender Verhandlung mit dem Gemeindevorstand wurde zugestanden, daß die Feuerwehr und der Krankentransport in Betrieb bleiben sollten. Sämtliche Ausgabe von Nahrungsmitteln mußte an diesem Tage unterbleiben, sogar die Volksküche mußte ihren Betrieb einstellen. Durch Zurückziehen von Fuhrwerk zur Beschaffung von Lebensmitteln sind der Gemeinde 220 M. Unkosten entstanden. Man wollte sogar das Pferdefüttern einstellen. — Genosse Deinert und sämtliche Redner verurteilten ein derartiges Vorgehen gegen lebenswichtige Einrichtungen der Gemeinde. Es lag keine Veranlassung vor, infolge einer politischen Aktion eine Lahmlegung von Gemeindebetrieben zu verursachen. — Gegen die Abtrennung des Südender Ortsteils bei der Eingemeindung zum Steglitzer Distrikt wird schärfster Protest eingelegt, der der 17. Kommission der Landesversammlung übermittelt wurde.

Oberschöneweide. Gemeindevertretersitzung. Ein Antrag, das hiesige Gymnasium statt Hindenburg- Humboldtschule zu nennen, fand die Zustimmung beider sozialistischen Fraktionen, nachdem unser Fraktionsredner Birnbaum die Erklärung abgegeben hatte, daß nicht politische, sondern erzieherische Momente uns dazu bewegen. Ein Antrag der Demokraten, auch die Kleinhändler mit sämtlichen Gemeindewaren zu beliefern, wurde

durch beide sozialistische Fraktionen abgelehnt, nachdem der unabhängige Schöffe und Dezernent für das Lebensmittelwesen Beßen eine Reihe von Mißhelligkeiten mit Kleinhändlern dargelegt und unser Genosse Schwarzburger für sein Dezernat (Mehlversorgung) sich dem anschloß, desgleichen am prinzipiellen Standpunkt der weitmöglichsten Kommunalisierung dieser Materie festhielt. 2 Assistentenstellen für das neugeschaffene Wohnungsamt wurden bewilligt, ebenso 3 hauptamtliche Lehrkräfte für die Fortbildungsschule ab 1. April. Zustimmung fand gleichfalls eine Vorlage, die eine einmalige Unterstützung Minderbemittelter vorsieht. Die Mittel für Uebernahme des Kinderhorts und der Krippe wurden bewilligt. In den dem gesamten Wohlfahrtswesen vorstehenden Jugendausschuß wurden unsererseits Gemeindevertreter Birnbaum und die Gen. Lehrer R. Meyer und Metallarbeiter Zobel gewählt. Die Beratung der Besoldungsvorlagen für Beamte und Hilfsangestellte wurde alsdann um eine Woche zwecks gründlicher Durcharbeitung vertagt.

Rosenthal. Gemeindevertretung. Bei der Festsetzung der Dienststunden für den stellvertretenden Gemeindevorsteher kam es zu erregten Debatten, im Verlauf deren der Unabhängige Koffert den Ausspruch machte, „daß jeder rechtschaffene Arbeiter Anstoß daran nimmt, daß Schwabedal Gemeindevorsteher ist, da sein Vorleben nicht rein ist". — Daß einem Manne wie Schwabedal, der jahrzehntelang in der Arbeiterbewegung Ehrenämter bekleidet, ein derartiger Vorwurf gemacht wird, ist bezeichnend für den Geist, der unsere unabhängigen Gegner erfüllt, und daß ausgerechnet ein Koffert solche Vorwürfe erhebt, ist charakteristisch für die unabhängige Partei. Hat Herr Koffert sein Vorleben vergessen? Erinnert er sich nicht, daß er von einer Instanz, die wir in unserer Parteiorganisation hatten, auf mehrere Jahre von der Bekleidung öffentlicher Ehrenämter ausgeschlossen war wegen unlauterer Handlungen einem Genossen gegenüber? Dieser Mann stellt sich hin und erhebt gegen einen politischen Gegner, von dem er ganz genau weiß, daß nichts Wahres daran ist, in öffentlicher Sitzung bewußt falsche Anschuldigungen. Welche Verkommenheit und welch moralischer Tiefstand liegt in dieser Handlung! Sind das ehrliche Waffen, die ein „aufgeklärter" Arbeiter einem Gegner gegenüber gebrauchen soll? Es galt bei der nichtdenkenden Masse Beifall zu finden, und da ist das schofelste Mittel gut genug und etwas in die Masse hineingeworfen — und mag es noch so unsinnig sein —, findet immer sein Publikum. — Unser Genosse Schwabedal genießt innerhalb unserer Gemeinde in allen Kreisen der Bevölkerung das größte Ansehen, und dieses ist den Unabhängigen ein Dorn im Auge und versuchen sie es auf diese Weise, ihn zu verunglimpfen. Nicht aus Selbstsucht hat Genosse Schwabedal diesen Posten angenommen, sondern er ist von den Parteigenossen auf diesen Posten gesetzt und bleibt auch dort, bis ihn die Genossen abberufen oder andere örtliche Verhältnisse eintreten.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Hermsdorf. Für Kranke, denen auf Grund eines ärztlichen Attestes Milch bewilligt ist, ¼ Pfd. Kakaopulver. Für Kinder im Alter bis zu 7 Jahren eine Büchse Malzextrakt bei den Drogisten.

Lichtenberg. In der Woche entfallen auf die Kartoffelkartenabschnitte 4a und b 2 Pfd. Kartoffeln; 4c, d und e zus. 200 Gramm Teigwaren; 4f und g zus. 200 Gramm Kartoffelstärkemehl.

Soziales.

Vereinheitlichung des Schiedsgerichtswesens.

Fast täglich werden durch Gesetz und Verordnung neue Schiedsinstanzen ins Leben gerufen. Ihre Errichtung neben den ordentlichen Gerichten entspricht nicht nur einem Zuge der Zeit, sie ist auch innerlich begründet, wenn es sich nicht um die Entscheidung über den Grund eines Anspruchs, also eine juristische Deduktion, sondern lediglich um die im wesentlichen von Sachverständigen zu treffende Feststellung der Höhe eines Anspruchs handelt. Der Gedanke, die bei der Entscheidung in erster Linie mitwirkenden Sachverständigen ins Richterkollegium selbst zu berufen, liegt überaus nahe und hat sich praktisch aufs beste bewährt. Eine andere Frage ist aber, ob es sich empfiehlt, für jede einzelne Materie eine besondere Schiedsorganisation zu errichten.

Erwägungen finanzpolitischer Natur, die bei unserer jetzigen Lage besonders ins Gewicht fallen, müssen bereits zu einer Verneinung dieser Frage führen. Denn daß bereits die Gesamtheit der einzelnen Schiedsgerichte, die jedes für sich eine besondere Organisation und einen besonderen Beamtenkörper beanspruchen, ungleich kostspieliger ist als ein zentralisiertes Schiedsgericht mit einer einzigen Organisation, liegt auf der Hand; ein Ergebnis, an dem auch eine im sachlichen und persönlichen Interesse der Beteiligten im Einzelfall zu erwägende Dezentralisierung dieses einheitlichen Schiedsgerichts nichts ändern würde.

Gewichtiger noch, insonderheit vom Standpunkt des rechtsuchenden Publikums aus, ist ein anderer Grund. Bisher sind nicht weniger als etwa 75 Schiedsinstanzen errichtet worden! Weitere sollen errichtet werden zur Entscheidung über die Ansprüche der durch Tumulte und Fliegerangriffe Geschädigten, der durch die Sozialisierung Betroffenen, zur Schlichtung der Arbeiterstreitigkeiten. Sogar zur Festsetzung der Entschädigungen für die Aktionäre des zu kommunalisierenden Charlottenburger Wasserwerks soll ein besonderes Schiedsgericht ins Leben gerufen werden. Wie in aller Welt soll der einzelne Bürger, der seine Ansprüche geltend machen will, sich in diesem Labyrinth von Schiedsorganisationen zurechtfinden? Wird es doch kaum dem Rechtskundigen möglich sein, aus der Fülle der Schiedsgerichte im Einzelfall das zuständige herauszufinden, zumal eine authentische Zusammenstellung der zum Teil im „Reichsgesetzblatt", zum Teil im „Reichsanzeiger", zum Teil im „Zentralblatt für das Deutsche Reich", zum Teil an anderen Stellen veröffentlichten Zuständigkeitsvorschriften nicht vorhanden ist.

Vereinheitlichung des Schiedsgerichtswesens ist dringend not! Man wird sich um so eher zu dieser entschließen können, als wir bereits seit 1915 ein vorbildlich wirkendes, praktisch aufs beste bewährtes Schiedsgericht, das Reichswirtschaftsgericht in Berlin haben, dessen Organisation auch zur Entscheidung der bisher besonderen Schiedsgerichte übertragenen Streitfälle vorzüglich geeignet erscheint. Auch stimmt die Besetzung der Einzelschiedsgerichte im wesentlichen überall mit der des Reichswirtschaftsgerichts — ein Jurist als Vorsitzender und zwei oder vier sachverständige Beisitzer — überein. Die Heranziehung der für die einzelnen Materien sachverständigen Beisitzer bereitet keine Schwierigkeiten. Die Reichsregierung hat bereits vor geraumer Zeit Ermittelungen darüber eingeleitet, ob nicht zunächst die aus der Kriegswirtschaft stammenden Schiedsorganisationen zu zentralisieren seien. Ein praktisches Ergebnis haben diese Ermittelungen bis heute nicht zu Tage gefördert. Möge dem für die Rechtssicherheit wie für die Finanzen des Reichs gleich abträglichen Zustande der Zersplitterung des Schiedsgerichtswesens baldigst ein Ende bereitet werden!

Dr. Reinhold Schröder.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Abt. Heute ½8 Uhr Sitzung aller Funktionäre und Betriebs-Vertrauensleute bei Schult, Mariendorfer Str. 8.

21. Abt. Heute 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Olbaer Str. 19. Referent Genosse Dr. Stelzel: Elternbeiräte.

33. Abt. Donnerstag, 7½ Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Gabriel, Demminer Str. 15.

35. Abt. Freitag, 23. Januar, 7 Uhr, im Lokal von Klimber, Waitzstraße 17, Versammlung aller Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

36. Abt. Donnerstag, 7½ Uhr, Sitzung der Funktionäre und Betriebs-Vertrauensleute bei Bürwalde, Schlegelstr. 8. Erscheinen Aller dringend nötig.

37.–41. Abt. Donnerstag, 22. Januar, 7 Uhr, Funktionärsitzung in der „Arminiushalle", Bremer Str. 72/73.

Gruppe Wedding. Donnerstag, 22. Januar, 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre in der Schulaula, Plantagenstr. 18/19.

Eisenbahner-Werbeausschuß! Donnerstag, 6 Uhr, Sitzung des Gesamt-Werbeausschusses (Streckenobleute, Bezirksleiter, Gruppenführer, Vertrauensmänner), Besselstr. 7, II. — Freitag Versammlung der Kollegen und Kolleginnen sämtlicher Behörden an der Ostbahnstrecke bei Schwarz am Bahnhof Kaulsdorf. Näheres durch Handzettel!

Oberschöneweide. Heute 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Drage, Wilhelminenhofstr. 44a, Restaurant „Zum Landsturmmann". Referent: Genosse Häußler.

Jugendveranstaltungen.

Zentral-Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Treppen. Heute 7 Uhr Vortrag: „Theorien der Weltentstehung". — **Abt. Südost.** Jugendheim, Wrangelstr. 128 (Gemeindeschule). Heute 7 Uhr: Vortrag. — **Groß-Lichterfelde.** Jugendheim, Albrechtstr. 14a. Heute: Leseabend. — **Kaulsdorf.** Jugendheim, Adolfstraße (Gemeindeschule). Heute 7 Uhr: Leseabend. — **Lichtenberg.** Jugendheim, Parkaue 10, Ecke Möllendorffstraße. Heute: Diskussionsabend. — **Rosenthal.** Jugendheim, Gemeindeschule Kastanienallee. Heute 7 Uhr: Vortrag. — **Tegel.** Jugendheim, Bahnhofstr. 15. Heute 7 Uhr: Mädchenabend. — **Westen.** Jugendheim, Kantinenraum der Baugewerkschule, Kurfürstenstr. 141. Heute: Vortrag. — **Wilmersdorf.** Jugendheim, Oberrealschule am Seepark, Ecke Eckbergerstraße (Hindenburgschule). Heute: Vortrag. — **Mahlsdorf.** Jugendheim, Schule Waldenserstraße. Heute 7 Uhr: Leseabend. — **Mariendorf.** Jugendheim, Hoch. Chausseestraße, Ecke Bergstraße. Heute: Fritz-Reuter-Abend. — **Marienfelde.** Jugendheim, Aula der Gemeindeschule Dorfstraße 54. Heute: Vortrag. — **Prenzlauer Vorstadt.** Jugendheim, Lokal Eichhorn, Danziger Str. 98. Heute 7 Uhr: Vortrag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bezirk Britz-Buckow. Donnerstag, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei W. Maier, Chausseestr. 88/89. Frau Schildhauer spricht über „Die Versorgung der Kriegshinterbliebenen nach dem neuen Versorgungsgesetz". — **Touristen-Verein „Die Naturfreunde".** Neutrale Gruppe. Donnerstag, 22., Mitgliederversammlung, 7 Uhr, Ohmstr. 2. Sonntag, 25. Mahlsdorf—Blumberg—Hohen-Schönhausen. Ab Schles. Bhf. 7.15. — **Stenographen-Verein Stolze-Schrey.** Nordost-Bezirk. Donnerstag, 7½ Uhr, 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurter Straße 6. — **Berliner Handwerker-Verein,** Sophienstr. 18, 8 Uhr, Vortrag des Studienassessors Albrecht: „Im Reich der Wolken".

Aus aller Welt.

Das Unglück bei Schneidemühl.

Wie die „Schneidemühler Zeitung" meldet, sind die Namen der bei dem Eisenbahnunglück ums Leben Gekommenen:

1. Hilfsschaffner Holz-Schneidemühl, 2. Hilfsschaffner Franz Krüger II-Schneidemühl, 3. Walter Gerhammer-Königsberg, 4. Robert Albat, Kaufmann in Graudenz, 5. Wilh. Albat, Kaufmann in Graudenz, 6. Robert Albat, Unteroffizier in Graudenz, 7. ein Marinesoldat, dessen Namen nicht festzustellen ist, 8. Wilhelm Schmoll, Wachtmeister bei der Sicherheitswehr in Königsberg, 9. Sergeant Hoboist Johann Kroguli-Anklam, 10. Heinrich Schrempffer-Mitau, 11. ein Schaffner, dessen Name noch nicht festgestellt ist, 12. Erich Gepfert, Unteroffizier aus Hamburg, 13. Heinrich Daum aus Ludwigshafen, 14. Dr. med. Müller aus Königsberg, 15. Emil Heyke, Vizefeldwebel aus Bonkenwalde (Kreis Heiligenbeil), 16. Bodo Kolbe, Gefreiter, auf einer Urlaubsreise nach Berlin, 17. O. E. Hildebrandt aus Danzig, 18. eine schwer verwundete Frau, die auf dem Transport verschied.

Wie die „Schneidemühler Zeitung" weiter meldet, liegen im städtischen Krankenhaus zu Schneidemühl 24 Verletzte, darunter drei Schwerverletzte.

Ein gefährlicher Elbdeichbruch. Durch den Bruch des alten Elbdeiches bei Niegripp ist das Dorf Niegripp so stark gefährdet, daß die Räumung des Ortes erfolgen mußte. Der Strom hat sich zwischen Hohenwarthe und Niegripp einen neuen Weg gebahnt und bedroht jetzt die ganze Niederung rechts der Elbe. Von Magdeburg ist das Pionierbataillon 4 zur Hilfeleistung in die bedrohten Ortschaften abgegangen. Die Lage ist sehr kritisch.

Die Grippe in der Schweiz. Wie die oberitalienischen Städte, so werden jetzt die verschiedensten Gegenden der Schweiz wiederum von der Grippe, vielfach verbunden mit einer Darmkrankheit sowie von der Schlafkrankheit, heimgesucht. Es sind bereits zahlreiche Todesfälle festgestellt, darunter auch einer an der Schlafkrankheit.

„Museums-Ausdehnung". „Museum extension" nennt sich eine Bewegung in den Vereinigten Staaten, die das Ausstellungswesen zur wirklichen Volksangelegenheit machen will. Den praktischen Amerikanern genügt es nicht, Museen einzurichten, ihre Tore zu öffnen und zu warten, ob nun das Volk von der ihm gebotenen Gelegenheit Gebrauch mache. Man will vielmehr die Kunst in die Massen hineintragen und sie mit allen möglichen Mitteln heranziehen. Amerikanische Museen veranstalten Ausstellungen und Vorträge in Schulen, Werkstätten und Fabriken; sie arbeiten Hand in Hand mit den Schulverwaltungen, benutzen die Abende und Sonntagnachmittage für ihre Veranstaltungen, erteilen kostenfreien Zeichen- und Kunstunterricht und machen geradezu Reklame für sich, indem sie z. B. öffentliche Versammlungen dazu benutzen, die Teilnehmer zur Besichtigung der Galerien einzuladen. Im „Cicerone" wird man darauf aufmerksam gemacht, daß ähnliche Bestrebungen nunmehr auch in Schweden an Boden gewonnen. Der Leiter des Nationalmuseums in Stockholm hat zusammen mit dem Vorsteher der Graphischen Abteilung dieses Museums einen Plan ausgearbeitet, durch den das Museum erst wahrhaft zum Eigentum des Volkes gemacht werden soll. Führungen werden bereits veranstaltet, besonders an den Sonntagen für die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins, und Lehrerkurse sind in Vorbereitung, die den Erziehern der Jugend eine reichere künstlerische Ausbildung gewähren sollen. Außerdem sind systematisch angeordnete Museumsführungen in großem Umfang, instruktive Sonderausstellungen usw. in Aussicht genommen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Freitag und Sonnabend 3–5 Uhr; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 4–7 Uhr.

Reichswehr-Flieger 74. Uns nicht bekannt; wenden Sie sich an das Reichswehr-Gruppenkommando 1 in Berlin. — **O. K.** Nur im Lazarett. **Treptow.** Kündigen Sie und verlangen Sie Herausgabe Ihrer Sache. Eventuell müssen Sie klagen. — **M. T.** 1. und 2. Ja. 3. Nur wenn der Vermieter sich im Verzug befindet. — **F. F. 5000.** Ja. — **A. W. 26.** Gehen Sie zum Gericht oder Notar. — **J. G. 100.** Wenn Zahlung abgelehnt wird, klagen Sie. Wenden Sie sich zunächst an das Vormundschaftsgericht. — **H. Sch. 11.** 1. u. 2. Ja. 3. Die Satzungen sind maßgebend. — **E. F. 20.** 1. Der Deutsche Eisenbahnerverband ist der größere. Die genaue Mitgliederzahl liegt noch nicht vor. 2. Nein. — **J. 25.** Sie müssen zahlen. — **G. F. 8.** Nein. Führen Sie Beschwerde bei Ihrem Truppenteil. — **Kaem.** 1. bis 3. Sie müssen den Gewerbebetrieb anmelden. Wenden Sie sich an eine dortige Buchhandlung. — **E. S. 100.** Wenden Sie sich an die Deputation für Wohnungswesen, Stralauer Str. 3–6, und an die Waisendeputation, Alte Jakobstr. 33–35. — **E. M. S. 27.** Sie haben Anspruch auf Wochenhilfe. — **K. G. 54.** Der Aufforderung müssen Sie Folge leisten. — — **G. B. 1000.** Für den Fall, daß Sie in Frage kommen sollten, wenden Sie sich an den Demobilmachungsausschuß. Sie fallen nicht unter die Verordnung. — **F. Gr.** Sie sind bis 31. 3. 19 steuerpflichtig. — — **A. B. C.** Versuchen Sie es mit einer Anfrage beim Metallarbeiterverband. Eventuell laden Sie den Schuldner zum Offenbarungseid; er muß dann seine Arbeitsstelle angeben. — **H. 100.** Wenden Sie sich an die Waisendeputation des Magistrats. — **Nationalökonom.** 1. Nein. 2. Auf eine Volksfachschule. 3. Unter Umständen. — **O. L. 42.** 1. Unbekannt. 2. Mutmaßliches Einkommen. 3. Auch für die zurückliegende Zeit. 4. Kommen Sie um Ermäßigung ein. § 20 des Einkommensteuergesetzes. — **W. E. 28.** Nein. — **F. S. 74.** Eine Genossenschaft kann nur durch ihren Vorstand verpflichtet werden. — **P. 32.** Vom 65. Lebensjahre ab. Vorher nur, wenn Invalidität nachgewiesen wird. — **A. W.** Eingehung der Ehe kann nicht erzwungen werden. Warten Sie die weiteren Schritte ab. — **Abe. 88.** Ja. — **M. 59.** Wenden Sie sich an den Reichswehrminister. — **Silva 17.** Nur im Falle der Wiederverheiratung des Vaters. — **B. L. 1.** 10 000 M. 2. Ja. 3. Nein. — **Sch. 2509.** Die früheren gesetzlichen Bestimmungen bestehen noch. — **Nr. 49.** Ja. — **F. 33.** 1. Ortsbehörde. 2. Die ärztliche Unterstützung, evtl. kommt Kriegsteuerungsgeld in Frage. 3. Ja. — **Mieterschutz.** Warten Sie die Veröffentlichung der Zuschläge ab. — **Peter 100.** Kommen Sie in die juristische Sprechstunde. — **P. Sch. 4.** Bis 31. 12. 19. Legen Sie Einspruch ein. — **O. W. 71.** 1. Wenden Sie sich an den Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7–10. 2. Kommen Sie um Steuererlaß ein. — **Wilmersdorf 90.** Nein. — **Ella 15.** 1. Nein, aber schadensersatzpflichtig. 2. Der Wert des Mantels. — **H. L. 55.** Unseres Wissens nein.

Am 19. Januar, früh 1½ Uhr, verschied sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Restaurateur
Walter Schmidt
im 32. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt im Namen aller Hinterbliebenen an 7345
Michaelkirchstraße 28.
Frau Ursula Schmidt, geb. Gasch.
Fritz Schmidt u. Frau, als Eltern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Jan., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Statt besonderer Anzeige.
Am 17. Januar, nachm. 5½ Uhr, verschied sanft nach schwerem Krebsleiden meine liebe Frau
Anna Mahnke
geb. Mattinger,
im 55. Lebensjahre.
Max Mahnke, Görlitzerstr. 28.
Die Einäscherung findet heute Mittwoch, 21. Januar, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. 7365

6- und 8-PS.-Motor 380 V., sucht zu kaufen Seeger, Islandstr. 13. 7265

Gesucht! Oskar Caspar, Richard Caspar, Anna Zettler geb. Caspar, Agnes Hausman gb. Wengler aus Oleinau (Schl.), Wwe. Martha Schulz, Karl Jüttner gen. Caspar. Obengenannte werden ersucht, ein Lebenszeichen zu senden an Josef Wengler, No. 11, 1. Street, Gloversville, N. Y., North-America. 1165

Gold Silber und Münzen
Silber- u. Goldgeld kauft höchstzahlend
Silberzentrale
Gitschinerstraße 13 und Huttenstraße 35. 21/19

Ohren-Schmerzen ... Kopfgeräusche, Harthörigkeit, Ohrensausen ... verschwinden ... durch Ausführung unseres natürlichen Heilverfahrens ... Preis 9.— u. 14.50. Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstraße 4.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.
Heute Mittwoch, den 21. Januar, abends 6½ Uhr, in der „Neuen Welt", Hasenheide (kleiner Saal):
Vertrauensmänner-Versammlung.
Die Vertrauensmänner und Kassierer, sowie die
Vertrauenspersonen der Hilfsarbeiter-Organisation
werden gebeten, vollzählig zu erscheinen. — Legitimation.
29/9 Albert Massini. Otto Gloth.

MÖBEL
Tischlerei F. Kernien, Neue Königstr. 19b. Gegründet 1894. Wohnzimmer Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimm. in sehr gefällig. Formen in groß. Ausw. am Lager.

Raucherdank! gen. gesch., ermögl. in einig. Tag. das Rauchen ganz od. teilw. z. unterlassen. Amtl. begutachtet. Wirkung verblüfft. Vollständ. unschädl. Tägl. Anerkenn. Ausk. ums. Institut Engibrecht, München R. 6, Kapuzinerstr. 9

Platin pro Gramm **M. 170.–**
Metallkontor Alte Jakobstraße 138 Telephon: Moritzplatz 12838

Ueber 1000 Atteste bestät. d. heils. Wirkg. von San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** bei Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen und dergl. Originaldosen 6,25, 12.— versendet „Elefanten-Apotheke" Berlin 204 SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)

Gold- u. Silbermünzen Gold- und Silbermedaillen kauft jeden Posten zu allerhöchsten Preisen
Metallkontor Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 138 Telephon: Moritzplatz 12838

Goldmünzen, Silbermünzen, kauft höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31 Tel.: Alexander 4243.

Kaninfelle Hasen-, Ziegen- und Rehfelle, Wildwaren kauft zu höchsten Tagespreisen jedes Quantum Robert Kundt, Kürschnermeister, Berlin, Weberstraße 63. 16/17

Berichtigung. In der Verordnung über Gebäck- und Mehlpreise vom 29. Dezbr. 1919 muß es heißen: Kleingebäck darf nur auf die über 50 Gramm lautenden Abschnitte der Brotkarte oder auf Reisebrotmarken abgegeben und entnommen werden.

Blei! Zinn! Weißmetall! alle Legierung., jede Menge, zu höchsten Tagespreisen kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alex. 4243).

Gold Flake (Wills 10er Packung) eingetroffen, zwanglos greifbar. HOPP, Königsgraben 71, II (Bahnhof Alexanderplatz). 87/4

Zahle für Gold- u. Silbermünzen
50 Pfennigstück = M. 3.40
1 Mark (Silber) = „ 6.80
2 Mark (Silber) = „ 13.60
5 Mark (Silber) = „ 34.–
10 Mark (Gold) = „ 125.–
20 Mark (Gold) = „ 250.–
Glasberg, Berlin, Brunnenstr. 24, Uhrenladen, neben Jandorf. Telephon Humboldt 911.

Messing 8,00 Kupfer 14.–, Blei 4,60, Zink 4.–, Zinn bis 50.–, Weißmetall 28.–, Rotguß 11.– M. zahlt per Kilo 7305
Metallschmelze Mariannenstr. 24, an der Kottbuser Brücke.

Gold-Flake Federal, Fairfax, T. u. B. Strand Caviare, Nebo, Oro Cigarettes, englische Zigaretten in Büchsen billigst. Selbstverbr., Gastwirte. Bülowstr. 94, hochp.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht, kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 7706 und 8818.

Bettnässen Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht ang. Ausk. umsonst. Sanis Versand, München.

Bücher von denen man spricht. Verlangen Sie kostenlose Prosp. v. Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Sprechapparate, für jedes Harmonium passend. Piano-Magazin **A. Lehmann & Co.,** Inh.: Genienberg, Leipziger Str. 115/116, Gr. Frankfurter Str. 108.

Perser-Teppiche Klavier oder Stutzflügel dringend gesucht Horer, Pallasstr. 69. Kurfürst 9704

Erfinder bedienen sich zur Anmeldung und Verkauf ihrer Erfindungen. Ideen eines Patentfachmannes. Rat und Auskunft kostenlos! Erfolg: u. a. Verkauf eines Patentes durch unseren Mitarbeiter für **850 000 M.** F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Lehrer Obst's **Nerven-Tee** b. Nervenschw., Kopfschmerzen, Schlaflosigk., gegl. Gel.-Besinn. ... Preis 3 M. ... Hermannsdorf 282 b. Breslau.

Platin: Gr. 163 M. ... Alte Gebisse, Goldsachen, Silbersachen kauft E. Hausdorf, NO 18, Palisadenstraße 11, a. d.

Armee-Pistolen (Parabellum) und Mauser 9 mm kaufen jede Menge F. W. Vandrey & Co. Berlin, Lindenstr. 98.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Madame Butterfly. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Peer Gynt. Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater. 7½ Uhr: Und Pippa tanzt. Sonn. 7½: Jaakobs Traum.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora. Sonn. 7½: Gespenstersonate.

Gr. Schauspielhaus Karlstraße. 7½: Hamlet (35. A., 1. A.) Sonn. 7½: Hamlet (36. A., 1. A.)

Theater i. d.
Königgrätzer Straße 7½: Stützen der Gesellschaft. Donnerst.: Schloß Wetterstein. Freit.: Schloß Wetterstein.

Komödienhaus 7½ Uhr: **Sie.**

Berliner Theater 7½ U.: Bummel-Studenten.

Central-Theater 7½ U.: Fräulein Puck.

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: La Traviata.

Die Tribüne 7½ U.: Franziska.

Eden-Theater 7½ U.: „U. A. w. g." Sonntag 7 Uhr, zum 1. Male: Leichtes Ehemänner.

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: S. Hoheit der Dieb.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie.

Kl. Schauspielhaus. 7½ U.: Die unberührte Frau.

Komische Oper 7½ U.: Dichterliebe.

Lustspielhaus Arnold Rieck in: 7½ U.: Der Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater. 7½ Uhr: Sybill.

Neues Operettenhaus. 7½ U.: Die kleine Hoheit.

Schiller-Theat. Charl. 7½ Uhr: Der Motor.

Thalia-Theater 7½ U.: Die närrische Liebe mit Oskar Sabo a. G. und Ferry Sikla a. G.

Th. am Nollendorfplatz 7½ Uhr: Die Rabensteinerin. 7½ Uhr: *Der fliegende Liebe*

Theater des Westens 4 Uhr: Max und Moritz. 7½ U.: Die Frau im Hermelin.

Wallner-Theater 7.15 Uhr: Eine Ballnacht.

Residenz-Theater. Nachm. 4 Uhr, kleine Preise: Rotkäppchen. Täglich 7½ Uhr: Evchen Humbrecht. Sonn. 4: Max und Moritz. Freitag 4: Hänsel und Gretel.

Trianon-Theater. Nachm. 4 Uhr, kleine Preise: Max und Moritz. Täglich 7½ Uhr: Maskerade. Donnerstag 4: Rotkäppchen. Freitag 4: Max und Moritz.

Rose-Theater. 7½ Uhr: Die Brandstifterin.

Walhalla-Theater. 7½ Uhr: Die Csárdásfürstin.

Olympia-Theater (früher Voigt, Badstr. 58) Täglich 7½ Uhr: Die Frau mit den 2 Männern. Schwank in 3 Akten. Vorher: Dalles-Brüder. Gesangsp.

Theater am Kottbuser Tor. Tel.: Moritzplatz 14811. Jed. Abend 7½ Uhr: **Elite-Sänger** 9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger. Sonnt. nachm. 4 Uhr ermäß. Preise volles Abend-Programm. 7 Uhr frei! Rauchen gestattet. Sonntags-Konzert, Beg. 7½ Uhr. Vorverk. 11—1½ u. 4—6 Uhr.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 6½: Götz von Berlichingen.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 7½ Uhr: Pygmalion. Donnerst. 7½: Hölle, Weg, Erde. Freitag 7½: Hölle, Weg, Erde.

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7½ Uhr: Cyprienne. (Konstantin, Götz, Walter)

Schall u. Rauch im Großen Schauspielhaus Karlstr., Schiffbauerdamm. Gussy Holl, Mady Christians, Paul Graetz, Friedr. Hollaender, Hilde Gad, Hubert von Meyerink, Ann Hensinger, Olil Sudehu, Fritz Feld. Kar katurenfilm von Trier. Eröffnung 7½, Beginn 8½ U.

Apollo-Theater Dir.: James Klein. 7½ Allabendlich 7½. Heros, Kraftjongleur. Curran, das schwankende Phänomen. 4 Uessems, Sensat.-Akrobaten. Hudges u. de Vroos, Meistersch.-Tänzer. 2 Ottkars, urkomisch. Reckakt. 4 Sternas, Rangen i. Seebad. 2 Morandis, Leben des Handgepäcks. Rad-Rennen auf der Bühne mit Lorenz, Pawke, Techer usw.

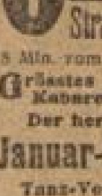
Casino-Theater Lothringerstr. 37. Tägl. 7½ U.: Der Schlager der Spielzeit: **Schulzepels Lene** Berliner Volksstück in 3 Akt. Dazu der Operetten-Sketch „Erwischt" m. Viktor Litzek. Sonntag 3½: Die Wunderkur.

Metropol Kabarett Behrenstr. 53-54. Janus u. Olivia, Marg. u. Luise Duwe, Lea Florenz, Franz Gravenhorst, Spieß u. Geo, Annie Kliemchen, Vinda bonas. **Senta Söneland** in ihrem Sketch „Pst Pst" mit Fritz Berger. Kapelle Mundi Neumann. Am Flügel: F. Hentschel.

Admirals-Palast. Die lustige Puppe. 7½ Uhr.

Admirals-Kino Harakiri. 7 und 8¾ Uhr.

Reichshall.-Theater Jeden Abend 7½ und Sonnt.-Nm. 3 U.: **Stettiner Sänger.** Nachmittags ermäßigte Preise.



ORIENT Strausberger Platz. 3 Min. vom Alexanderplatz. Größtes und schönstes Kabarett in Berlin NO. Der hervorragende Januar-Spielplan! Tanz-Vorführungen. Anf. 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Ufa Lichtspiele Auguste-Victoria-Palast Ab 23. Jan. 7 u. 9¼ Uhr: Uraufführung **Die Wohltäterin der Menschheit** 7. Teil des grossen May-Films **Die Herrin der Welt**. In den Hauptrollen: **Mia May**, **Hans Mierendorf**, Paul Hansen / Ernst Hofmann. Künstlerische Oberleitung: **Joe May**. Vorverkauf: 11 bis 1 Uhr.

Circus Busch 7½: Gr. Circus-Progr.! Neu: Lustiges Schweine-Potpourri. 9 Uhr: „Aphrodite".

Winter-Garten Täglich 7.15 Uhr: Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

Die Frau im Delphin

Der große Abenteuerfilm der **Gamsa-Citograph G. m. b. H.** (Gacifilm) W 8, Leipziger Straße 104. 174/10

Möbel Gelegenheitskäufe
Speisezimmer, echt Eiche, kompl. von 3700,- an
Schlafzimmer, echt Eiche, kompl. von 2700,- „
Herrenzimmer, echt Eiche, kompl. von 3200,- „
Küchen in allen Farben von 500,- „
Einzelmöbel, Kleinmöbel, Polstermöbel große Auswahl
Rosenthalerstr. 8a I u 12 (Lad.)
Baron

Platin in jeder Form nicht unter 162 M. b. gr. Quant. mehr. **Zahngebisse** pro Zahn nicht unter 9 M. **Goldmünzen** 250 M. **Silbermünzen** 7,— M. **Gold- und Silbergeräte, Schmucksachen** sowie **Bruch** kauft **Pilz, Alte Schönhauser Str. 19 II.**

Heißen Kummer ohne Berufsstörung beseitigen Haut-, Harn- u. Unterleibsleiden, wo alles andere versagte. Keine Einspritzungen. **Natura-Institut.** Aerztliche Leitung. Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor). Sprechstunden von 10—1, 4—8 Uhr u. Sonntags 11—1 Uhr. Blut-, Harn-, Sputum-Untersuchungen usw. Aerztliche Beratung oder schriftliche Auskunft kostenlos.

Aerztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulatorische Behandlung.

Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Lichtheilmethode, die wissenschaftlich anerkannte u. glänzend bewährte „Künstl. Höhensonnen"-Behandlg., Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterkuren und Bäder, Sauerstoffkuren, homöopathische u. mechano-therapeutische Behandlung. — Nachweisbar gute u. dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren und äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden; Lähmungen, sowie Kinderlähmung; Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit usw. — Freiwillige briefliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten, die angaben, vor der Behandlung in unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg behandelt worden zu sein: 1. Frau M. Richter, Berlin-Moabit, Waldstraße 63. Lungenleiden, Blutarmut, Nervenschwäche geheilt. — 2. Herr Georg Heinrich, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 20. II. Lungenleiden geheilt. — 3. Frau E. Olsborn, Cöpenick, Auguste-Viktoriastraße 24. Herz-, Leber- u. Nierenleiden wiederholt gebessert. — 4. Herr A. Enale, Arkour, Charlottenburg, Huttenstr. 12. Chronischer Mittelohrkatarrh geheilt. — 5. Frau Grünberg, Weißensee, Lindenallee 8. Von schwerem Asthma befreit. — 6. Frau M. Zaike, Berlin, Kollendorfstraße 10. I. Rheumatismus geheilt. — 7. Herr E. Eberhardt, Gr.-Lichterfelde, Ringstraße 52a. Chronisches Hüftgelenkleiden wiederholt erfolgreich behandelt. — 8. Frau E. Hoborst, Berlin, Kolberger Str. 28/29. Nerven- u. Knochenhautentzündung geheilt. — 9. Frau Preuß, Pankow, Damerowstr. 34. Lungenbluten in vier Tagen vollständig geheilt. — 10. Frau E. Herzmann, Schöneberg, Feurigstraße 61. Eiternde Fistel nach Blinddarmoperation geheilt. — 11. Herr G. Ritter, Friedenau, Bornholmstraße 56. Von Anlegerinaleiden geheilt. — 12. Frau M. Rohrmoser, Berlin, Breslauer Str. 1. Alten 15jährigen Herzleiden geheilt. — 13. Herr M. Rohner, Reinickendorf-West, Antonienstr. 3. Nierenverweiterung geheilt. — 14. Frau H. Hagel, Sachsenhausen bei Oranienburg i. Mark. Unterl.-Blutungen u. Nervenleiden geheilt. — 15. Frau Ww. Fritschier, Berlin, Waltersburger Straße 48. Darmgeschwulst geheilt. — 16. Frau des Herrn Inspektors O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magerviehhof. Von Geb.-Knickung geheilt. — 17. Herr Erich Bock, Berlin, Havelberger Str. 15. Von Nieren- und Blasenleiden, Wassersucht, allgem. großer Schwäche geheilt. — 18. Frau Arkour, Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Basedowscher Krankheit geheilt. — 19. Frau E. Popp, Berlin-Schöneberg, Gürtnerstr. 10. Von chron. Leiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — 20. Herr M. Schlabitz, Berlin, Copitusstraße 24. Von Gesichtslupus geheilt; vorher mit Radium erfolglos behandelt. — 21. Herr A. Hellmig, N.-Borsigwalde, Ernststr. 25. Von Magengeschwulst, Verstopfung und Nervenschwäche geheilt. — 22. Herr Milchhändler Eckert, Berlin, Greifenhagener Straße 28. Von gichtisch-rheumatischen Schmerzen in Bein und Fußgelenk geheilt. — 23. Herr Gastwirt E. Michaelis, Charlottenburg, Hallstr. 87. Von chronischem Leberleiden und Gelbsucht geheilt. — 24. Frau M. Knorr, Berlin-Lichtenberg, Scharnweberstr. 82. Von Herzschwäche, Leberanschwellung geheilt. — 25. Sohn Paul des Weichenstellers Herrn Wilhelm Haffner, Berlin-Westend Beamtenhaus. Von schwerem Beinleiden geheilt. Bein sollte abgenommen werden.

Briefliche Original-Anerkennungen von uns geheilter Patienten stehen im Wartezimmer der Anstalt auf Wunsch zur Einsicht! — Getrennte Behandlungsräume für Damen und Herren! — Sprech- und Behandlungszeit: 8—1, 4—7½ Uhr. Sonntag und Feiertag: 9—1 Uhr.

Heilanstaltsbesitzer
Professor P. Mistelsky
approbiert im Ausland
Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Geöffnet von 8—6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer	Herrenzimmer
1 Büfett Eiche	1 Bibliothek, Eiche
1 Kredenz „	1 Schreibtisch „
1 Ausziehtisch „	1 runder Tisch „
6 Stühle „	1 Schreibsessel „
	2 Stühle „
Mark: 3750, 4500, 6750 etc.	Mark: 3650, 4875, 6500 etc.

Schlafzimmer

1 Schrank mit Spiegel
1 Waschtoilette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 3teilige Auflegematratzen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
M. 2650, 2950, 3875, 4800 etc.

Ständig große Ausstellung
von Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen in einfacher, mittlerer und elegantester Art.
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

M. Schlewinsky & Co.

Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben

Kupfer Messing Quecksilber Platin Silber Silbergeld Sämtl. Altmetalle **Zahngebisse** kauft zu Schmelzpreisen in unseren 4 Einkaufsstellen **„Cohn"** 1) Brunnenstr. 11 (am Rosenthaler Pl.) 2) Fennstr. 48 am Weddingplatz 3) Bahnhofstr. 2 Ecke Schönebergerst. am Anhalt. Bahnhof 4) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 229 (nahe Hermannplatz)

Reelles Gewicht! Wir kaufen **KUPFER** Blei, Zink **MESSING** Stanniol, Zinnfolie **Quecksilber** Aluminium, Celluloid **Metallabfälle** Platin, Gold, Silber **PETERS** Prenzlau. Str. 24 **MÖBUS** Waldstraße 3 **G. ERMEL** Gubener Str. 59 **DEGENER** Schöneberg Bahnstraße 46 **HAASE** Skalitzer Str. 95a Ecke Lausitzer Platz. Höchste Preise!

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 70.

Altmetalle in Kupfer, Messing, Rotguß, Aluminium, Zinn, Zink, Blei, Abfälle und Späne. Quecksilber kauft zu äußerst hohen Preisen von Fabrikanten und Händlern **„Metalleinkaufs-Centrale"**, Berlin SO 16, Neanderstr. 15. Teleph.: Moritzplatz 667.

Platin! Zahngebisse Zahn bis 75 M.! Gold! Silber! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Messing etc. Sämtliche Metalle zu höchsten Tagespreisen kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf die Abschnitte 106 und 107 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin

je 125 Gr. zus. 250 Gr. Haferflocken
zum Preise von 93 Pf. je Pfund
(für Ware i. Paketen u. Papierbeuteln gelten die aufgedr. Preise),

auf den Abschnitt 108 derselben Karte

125 Gr. inländische Hülsenfrüchte
zum Preise von 38 Pf. (je Pfund 1,50 M.),

und auf den Abschnitt 109 derselben Karte

250 Gr. ausländische Maisfabrikate
zum Preise von 1,48 M. (je Pfund 2,95 M.),

ferner auf den Abschnitt 47 der Lebensmittelkarte für Jugendliche

200 Gr. Teigwaren
zum Preise von 48 Pf. (je Pfund 1,20 M.).

2. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldeabschnitte vom **Mittwoch, den 21., bis Sonnabend, den 24. Januar 1920,** bei den Kleinhändlern abzugeben.

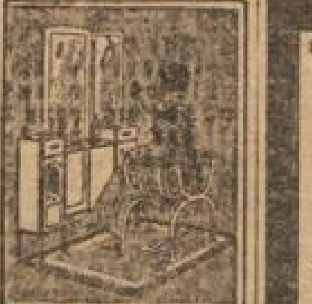
3. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu den oben aufgerufenen Nummern bei den Großhändlern am Montag, den 26. Januar 1920, abzuliefern.

4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 26. Februar 1920.

Berlin, den 20. Januar 1920.

Magistrat.
Abteilung für Nährmittel.

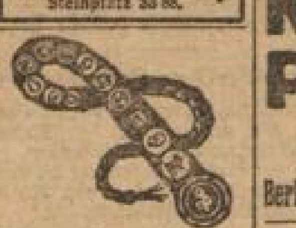
6930 Nd.



Weisslack-Möbel für Boudoirs, Schlafzimmer, Garten und Dielen. Louis XVI. Schlafzimmer. **Joseph Dreyfuß** Kurfürstendamm 214. Steinplatz 3388.

Frisch eingetroffen: Kakao, Schokoladenpulver, Schokoladen, Pralinees, Engl. Drops, Tee, Kaffee, Hafermehl, weiße Bohnen, bunte Bohnen, grüne Erbsen, gelbe geschälte Erbsen, Linsen, Bananenmehl, Maismehl. **F. P. A. Kauffmann,** Berlin S 14, Wallstraße 55/56. En gros. Detail.

Krause Pianos Großes Lager in allen Holzarten. Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.



Gamaschen-Kenner tragen Marke (22)18* **„Peitsche"** innen eingestempelt. Peitschengamaschen.

Edelmetalle und Altmetalle, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, kauft höchstzahlend **Metall-Einkaufs-Zentrale** Kottbuser Damm 66. Amt Moritzplatz 13560.

Stellenangebote

Als Vorarbeiter
einige tüchtige Metallsortierer
für Berliner Altmetall-Großhandel gesucht. — Leute mit guten Kenntnissen, die schon praktisch tätig gewesen sind, wollen sich melden unter N. 45 an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Preßmeister
zur Bedienung von Drahtstrohpressen, mögl. gelernte Schmiede oder Schlosser, bei hohem Lohn z. sof. Antritt gesucht. Bevorzugt werden Leute, die bereits Ballenstrohpressen bedient hab. Schriftl. Bewerbungen sind zu richten an 118D
J. Pelwin, Berlin W. 50, Kurfürstendamm 16.

Geldschrank Schlosser, Schloßbauer, Transporteure, Hobler 118D
sucht **Panzer A.-G., Badstr. 59.**

Unter Gewährung weitgehender Unterstützung werden auch Nichtfachleute aus allen Ständen als
Generalvertreter
für vorzügl. neues Versicherungs-Geschäft gesucht. Angeb. unt. P. 46 an d. Geschäftsst. d. „Vorwärts", Lindenstr. 3.

Blusen- und Kleidernäherinnen für Lingerie (eleg. Genre) bei guten Preisen in u. außer dem Hause (mit Vorlage) sofort gesucht. 21/18*
Kohn & Dreyfuß, Kronenstr. 61—63.

Metallschleifer auf Akkordarbeit verlangt 785b
Baer & Stein A.-G., Alexandrinenstr. 34.

Tüchtige selbständige **Uhrmacher-Gehilfen** für eine abgeschlossene Spezialwerkstatt sofort gesucht. **Kaufhaus des Westens** Berlin W 50 Tauentzienstraße 21/24.

Selbständig arbeitende **Elektromonteure** für Stark- und Schwachstrom werden eingestellt 22/7
J. v. Kiedrowski, Königs-Wusterhausen, Bahnhofstr. 20.

Zuverlässige, ältere, selbständig arbeitende Appreturmaschinen-**Monteure** für Berlin und auswärts gesucht. Ausführliche Angebote erbeten an 119D
Rudolph & Kühne, Berlin W 15, Emser Str. 22.

Jüngere **Arbeitsburschen** für dauernde Beschäft. verlangt **Butzke,** Brandenburgstr. 73. 736b

Jüngerer, unverheirateter **Gärtner,** od. verheiratet ohne Kinder für Sanatorium in Berliner Vorort möglichst zum 1. Febr. gesucht. Meldungen mit Zeugnissen: **Dahlem,** Kronprinzen-Allee 18. 114R

Schraubendreherin verlangt Metallschraubenfabrik **Wolf,** Skalitzer Str. 104. 38b*

nach einem Drittel geliefert worden. Abgeordnete, Deputation der Arbeiterschaft, Behörden und Werke haben sich an den zuständigen Stellen alle erdenkliche Mühe gegeben, um eine bessere Belieferung zu erwirken, jedoch wurde ihnen an Hand der Bücher nachgewiesen, daß das Siegerland von dem vorhandenen Quantum prozentual beliefert worden ist. Weil nun aber die Zustände mit jedem Tag trostloser werden, so daß Feierschichten eingesetzt und teilweise nur mehr Notstandsarbeiten verrichtet werden können, daß von Werken mit einer Arbeiterschaft von 2—3000 Köpfen nur mehr 4—500 in ein oder zwei Abteilungen produktiv arbeiten, wandte man sich an unsern Genossen Hué. Derselbe nahm in einer am 21. Dezember in Siegen einberufenen Konferenz der Betriebsvertrauensleute die Wünsche und Beschwerden der dortigen Arbeiterschaft entgegen und wollte sich auch für eine Mehrförderung für das Siegerland bei den Bergleuten einsetzen. Bis jetzt sind jedoch noch keine Züge der Extraförderung angekommen, so daß, wenn nicht umgehend Hilfe geschaffen wird, der **sichere Tod des Siegerländer Wirtschaftslebens bevorsteht.**

Die Kinozensur.

Der 22. Ausschuß der Bevölkerungspolitik hielt am Dienstag nachmittag eine Sitzung ab, um zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele Stellung zu nehmen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, daß vor Eintritt in die Beratung des Gesetzentwurfs ein Einblick gegeben werde in das bisherige Prüfungsverfahren. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, an der sich auch Unterstaatssekretär Lewald beteiligte, wurde vereinbart, Mittwoch nachmittag im Gebäude der Polizeidirektion die beantragte Einsichtnahme vorzunehmen. Der weiteren Anregung, den Entwurf in zwei Lesungen zu behandeln, wurde ebenfalls zugestimmt und sodann in die Generaldiskussion eingetreten.

Von einem Redner der Mehrheitssozialisten wurden gegen den Entwurf erhebliche Bedenken geltend gemacht, jedoch zugegeben, daß eine Zensur im Hinblick auf die Auswüchse im Filmwesen nicht von der Hand gewiesen werden könne.

Ein Redner der Deutschnationalen stimmte dem zu. Eine generelle Zensur der Films sei unbedingt nötig.

Ein Demokrat erklärte, daß er nicht besonders erbaut sei von der amtlichen Zensur. Besser wäre die Selbstzensur der Filmindustriellen durch Ausscheiden von Schmutz und Schund. Die Gefahr der politischen Einwirkung durch die örtlichen Prüfungsstellen sei groß und müsse eingedämmt werden.

Ein Vertreter des Zentrums sprach sich im Sinne des Gesetzentwurfes und für Annahme der Grundlagen desselben aus. Den örtlichen Prüfungsstellen müßte das Recht gegeben werden, weitergehende Vorschriften, namentlich auch hinsichtlich der Filmreklame, zu erlassen.

Für Eupen und Malmedy.

Die Vereinigten Landsmannschaften von Eupen und Malmedy (Berlin NW 52) erlassen einen Aufruf: „An Alle!", in dem es u. a. heißt:

Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten. In diesem Augenblick möchten wir die Blicke des ganzen deutschen Volkes nach unserer Heimat lenken. Klein ist das Land, aber darum nicht weniger empörend die Vergewaltigung, die ihm widerfährt. Die Kreise Eupen und Malmedy sind Belgien zugesprochen worden. Nach dem Willen der Bevölkerung hat niemand gefragt. Wohl muß Belgien nachträglich eine Volksabstimmung vornehmen, aber diese Abstimmung verdient nicht den Namen einer solchen, denn die Bewohner sollen nur das Recht haben, in Listen, die die belgischen Behörden auslegen, gegen die Vereinigung mit Belgien zu protestieren. Wir, die wir unsere Heimat kennen und genau wissen, wie man dort denkt und fühlt, wir erklären hiermit laut vor aller Welt: Eupen und Malmedy ist urdeutsches Land und will es bleiben. Nicht nur das, sogar bis zu fünf Kilometer Tiefe in die belgische Provinz Lüttich hinein reicht die Deutsch sprechende Bevölkerung. **Selbst die wallonische Minderheit in Malmedy will nicht belgisch werden.** Alles andere ist schamlose Lüge. Wohl gibt es eine geringe Zahl von Belgierfreunden, dies sind aber Leute, die gesinnungslos im Anschluß an den Fremdling den schmutzigen persönlichen Nutzen verfolgen oder der belgischen Propaganda erlegen sind. Die überwältigende Mehrheit lehnt die Gemeinschaft mit diesen Abtrünnigen ab. Was sie wünscht, ist weiter nichts als eine unbeeinflußte, freie geheime Stimmabgabe unter unparteiischer Leitung. Nirgends im Friedensvertrage ist dies verboten. Darum fordern wir die Deutschen aller Stämme und alle billigdenkenden Ausländer, die sich noch einen Funken Rechtsgefühl bewahrt haben, auf, mit allen Mitteln für dies Ziel einzutreten. Wir sind überzeugt, im Namen unserer gesamten Genossen in der Heimat zu sprechen, wenn wir versichern, daß man drüben in Eupen und Malmedy immer deutsch bleiben wird. An alle in Deutschland zerstreut lebenden Eupener und Malmedyer aber ergeht der Aufruf, sich um uns zu scharen, um die Bande, die uns mit der Heimat verknüpfen, nicht locker werden zu lassen, sondern für unsere Heimat die gleiche, geheime Abstimmung wie in den anderen Gebieten zu fordern. Darum, Eupener und Malmedyer im Reiche, schließt euch unserem Proteste an und tretet — um ihn zu bekräftigen — ausnahmslos unseren Landsmannschaften bei. Die alte Heimat erwartet das von euch.

Der Zentrumsparteitag.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

In der Diskussion verlangt Freiherr v. Loë ein Reichswirtschaftsparlament unter starker Berücksichtigung der Landwirtschaft und die baldige Ausschreibung der Reichstagswahlen. — Generaldirektor ten Hempel polemisiert unter lebhaftem Widerspruch

gegen das Betriebsrätegesetz,

das die Autorität im Betriebe untergrabe.

Dr. Horster verbreitet sich über die Finanzpolitik Erzbergers. Das Notopfer in Verbindung mit der Erbschaftssteuer vernichtet nach seiner Meinung die Einzelkaufleute und die öffentlichen Handelsgesellschaften. Auf das Betriebskapital sei nicht genügend Rücksicht genommen worden. Den erwarteten Erfolg der Erzbergerschen Steuerprojekte bezweifelt er und fordert in Zukunft eine stärkere Heranziehung der Vertreter von Handel und Industrie bei der Vorarbeit zu solchen Projekten. Es könne dann wenigstens jeder nach Hause gehen mit der Genugtuung, auch etwas dazu gesagt zu haben. (Lebhafte Heiterkeit.

Treffort bemängelt, daß in der Diskussion nur für die Landwirtschaft neue Forderungen aufgestellt wurden, und daß diese Kreise

kein Verständnis für die Notlage der Arbeiterschaft

bewiesen haben. Man beurteilt auf dem Lande die Arbeiterschaft immer nur nach der Zahl der Kinos und Tingel-Tangels und nicht nach dem Elend, daß in den Hinterhäusern der großen Industriestädte wohnt. Die Landwirte haben während des Krieges keine Nahrungssorgen gehabt und darum sehen sie auch nicht, wie viele Familienväter nicht wissen, woher sie das nötige Brot nehmen sollen. (Lebhafter Beifall.) Unter großer Unruhe eines Teil der Versammlung fordert der Redner von der Landwirtschaft, daß sie den Arbeitern

angemessene Löhne

zahlt, ihnen bessere Wohngelegenheit gibt und eine bessere Behandlung angedeihen läßt. Nur dann könne man die Leute aufs Land bringen und die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen. Die Zwangswirtschaft müsse, wenn auch nicht in der bisherigen Form, aufrechterhalten werden. Die Freigabe des Leders, des Hafers und der Eier habe gezeigt, wohin die Aufhebung der Zwangswirtschaft unter den jetzigen Verhältnissen führe. Unter fortgesetztem Widerspruch fordert Treffort von der Landwirtschaft eine Steigerung ihrer Produktion. Hätten die landwirtschaftlichen Blätter und Führer, so führt er aus, ebenso zur Arbeit aufgefordert, wie die Gewerkschaftsführer die Arbeiter, und nicht immer nur gehetzt, dann sähe es heute besser im Lande aus.

Bis zum Kriege hatten die Arbeiter in der Zentrumsfraktion nur einen Vertreter. Jetzt sitzen derer sieben darin. Sofort erhebt man aber ein Geschrei, daß die Arbeiter zu stark vertreten sind und droht mit dem

Abmarsch nach rechts.

Wir aber sind dem Zentrum treu geblieben und werden es auch weiter sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nach weiteren unwesentlichen Diskussionsreden wird in geheimer Sitzung über interne Angelegenheiten der Partei beraten.

An die Berliner Zeitungsleser!

Die deutsche Presse befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise. Falls es ihr nicht gelingt, gegenüber ihren von Monat zu Monat anwachsenden beispiellosen Unkosten entsprechende Einnahmen aufzubringen, sind die Folgen unabsehbar. In hohem Grade gefährdet sind die Zeitungen durch die am 1. Januar 1920 in Kraft getretene Anzeigensteuer. Noch erheblich schwerwiegender ist die

Erhöhung der Papierpreise,

die zurzeit 1000 Proz. des Friedenspreises betragen. 100 Gramm Zeitungsrotationspapier kosten gegenwärtig 20 Pf., und dieser Preis gilt nur für den Monat Januar! Das bedeutet, daß allein der Preis des unbedruckten Papiers erheblich höher ist als der bisherige monatliche Bezugspreis der frei ins Haus zugestellten Zeitung.

Neben dem Papier sind aber auch all die vielen sonst für die Herstellung der Zeitung erforderlichen Materialien und Betriebsstoffe bis zu 700 Proz., teilweise sogar

bis zu 1800 Proz. des Friedenspreises

emporgeschnellt. Dazu haben sich die Kosten des inländischen und — infolge der schlechten deutschen Valuta — ganz besonders des ausländischen Redaktions- und Nachrichtendienstes, sowie der Post- und Telegraphengebühren ganz außerordentlich gesteigert. Nicht zum wenigsten belastet werden die Zeitungsbetriebe auch durch das stete Anwachsen der Löhne und Gehälter sowie der Speditionskosten.

Ein Ausgleich der ungeheuren Mehraufwendungen

durch Erhöhung der Anzeigenpreise kann aus wirtschaftlichen Gründen nur bis zu einem gewissen Grade erfolgen. In der Erhöhung der Bezugspreise sind die Berliner Zeitungen im Verhältnis zu den ausländischen Blättern bisher sehr zurückhaltend gewesen, weil sie besonders in der Gegenwart auch den weniger bemittelten Kreisen den regelmäßigen Bezug einer Tageszeitung nicht erschweren wollten. Aber die trostlose materielle Lage des Zeitungsgewerbes macht es leider ganz unmöglich, diese Rücksicht auch ferner zu üben. Die unterzeichneten Zeitungen sehen sich vielmehr genötigt, eine über den bisherigen Rahmen

erheblich hinausgehende Bezugspreiserhöhung

zum 1. Februar 1920 einzuführen.

Die unterzeichneten Zeitungen hoffen, daß die Berliner Zeitungsleser, der Notlage Rechnung tragend, dieses Opfer auf sich nehmen werden in der richtigen Erkenntnis, wie wichtig im nationalen Interesse die Erhaltung einer wirtschaftlich und politisch unabhängigen Presse für den Wiederaufbau unseres politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens ist. Sie hoffen ferner, daß jeder Leser seiner Zeitung die Treue bewahren wird.

Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger.

Berliner Allgemeine Zeitung.	Berliner Börsenkurier.
Berliner Lokal-Anzeiger.	Berliner Morgenpost.
Berliner Tageblatt.	Berliner Volkszeitung.
Deutsche Allgemeine Zeitung.	Die Post.
Deutsche Zeitung.	National-Zeitung.
Vorwärts.	Vossische Zeitung.
Berliner Abendpost.	Berliner Börsenzeitung.
Berliner Morgenzeitung.	Deutsche Tageszeitung.
Neue Zeit, Charlottenburg.	Tägliche Rundschau.
Deutscher Kurier.	Welt am Montag.

Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung.

Die holländische Sozialdemokratie und der Völkerbund.

In einer Entschließung zugunsten des Beitritts der Niederlande zum Völkerbund erhebt der Parteivorstand der Niederländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegen den imperialistischen Geist des Friedensvertrages, gegen den Ausschluß der unterliegenden Völker und dagegen Protest, daß die neutralen Länder bei dem Zustandekommen des Völkerbundes nicht genügend um ihre Ansicht gefragt wurden. Der Vorstand begründet die Forderung des Beitritts der Neutralen und insbesondere der Arbeiterparteien zum Völkerbund mit der Notwendigkeit, **zu verhindern,** daß der Bund **alles den augenblicklichen Machthabern überlasse,** die darin für ihre imperialistischen Ziele freies Spiel haben würden.

Verewigung des Hasses gegen Deutschland.

Im Anschluß an die Aeußerungen des englischen Lordkanzlers anläßlich der Oberhausberatung des Fremdengesetzes, wobei er unter Wiederholung des Grey'schen Wortes die Deutschen als wilde Tiere bezeichnete und behauptete, sie seien Lügner und hätten sich während des ganzen Krieges als solche erwiesen, schreibt das sozialdemokratische Nachmittagsblatt „Fünf Uhr" in Kopenhagen vom 8. d. Mts.:

„Diese Auslassungen zeigen, daß trotz des Friedensschlusses der nationale Haß sorgfältig am Leben erhalten wird und die alten Beschuldigungen immer wieder wiederholt werden. Man geht gegen den geschlagenen Gegner mit immer stärkeren Anklagen und Angriffen vor. Aber wozu? Was wird durch solche Auslassungen wie die des englischen Lordkanzlers erreicht? Ist es jetzt wirklich nicht an der Zeit, mit den gegenseitigen Beleidigungen und Verdächtigungen aufzuhören? Die Auslassungen des Lordkanzlers können nur dazu dienen, die chauvinistischen Elemente in Deutschland zu stärken, die bemüht sind, wieder in die Höhe zu kommen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die deutsche Kriegsführung hart und grausam war. Aber das deutsche Volk soll doch wohl nicht ewig für die Fehler einer längst entthronten Regierung büßen, und wenn man von englischer Seite der deutschen Bevölkerung „Tier" nachruft, wird diese an die barbarische Hungerblockade denken und „Kindermörder" zurückrufen."

Die Schweizer Arbeiterschaft 1919.

(Von unserem Baseler Mitarbeiter.)

Ein bedeutungsvolles und schicksalsschweres Jahr hat die schweizerische Eidgenossenschaft in politischer und wirtschaftlicher Beziehung hinter sich! Zwar ist sie vom Kriege selber verschont geblieben, aber die Uebergangszeit gestaltete sich für die Schweiz nicht minder schwierig, die sozialen Kämpfe, eine notwendige Folge der immer noch anhaltenden Teuerung der Lebenshaltung, waren zahlreich und schwerwiegend; der schweizerische November-Generalstreik 1918, der gerade in den Abschluß des Waffenstillstandes hineinfiel, warf seine Schatten noch ins folgende Jahr hinüber, und das erste Vierteljahr von 1919 war beherrscht von den Prozessen gegen die Führer des Generalstreiks, die zu recht empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Man wollte die Arbeiterschaft durch drakonische Strafen gegen die Führer abschrecken, auf dem radikalen Wege, der im November 1918 betreten wurde, weiter zu marschieren. Dieses Mittel zeigte sich aber als ein verfehltes, denn die Unterdrückungs- und Gewaltpolitik war noch nie von guten Folgen begleitet, von welcher Seite sie auch kommen mochte. Das hat der im Juli abgehaltene sozialdemokratische Parteitag bewiesen, der mit großer Mehrheit den Beitritt zur Moskauer Internationale beschlossen hatte, welcher aber dann in der Urabstimmung schließlich verworfen wurde. Freilich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die schweizerischen Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden bemüht waren, die Klassen, die sich so heftig bekämpften, zu versöhnen; zunächst wurde die Arbeitslosenfürsorge mit fester Hand angefaßt; Bund, Kantone, Gemeinden und Unternehmer wurden in kräftiger Weise zur Beitragsleistung herangezogen, was freilich nicht ohne heftigen Widerspruch seitens des Unternehmertums geschah, der indessen unbeachtet geblieben ist.

Das verflossene Jahr brachte auch bereits einen teilweisen Abbau der Kriegswirtschaft und des militärischen Aufgebots, wenn auch die Grenzen nach dem Auslande immer besetzt sind; auch die internationale Freizügigkeit, wie sie vor dem Kriege bestand, ist imer noch nicht völlig hergestellt; es ist immer noch nicht möglich, ungehindert ins Ausland zu reisen, ohne die vielen Paßformalitäten zu erfüllen; man bringt diesen Umstand mit den Verhältnissen auf dem Valuta- und Arbeitsmarkt in Verbindung. Aber es spielt noch ein anderer Umstand mit, warum man in der Ausländerfrage noch nicht rasch abbauen will, die Furcht vor der Einschleppung „bolschewistischer Ideen" und deren Literatur.

Der Beitritt zum Völkerbund gab im letzten Jahre viel zu reden und zu schreiben; während die welsche Schweiz Feuer und Flamme für den Beitritt war, fand man in der deutschen Schweiz starke nüchterne Zurückhaltung, die sich bis zur Abneigung steigerte; die Stimmung war sehr geteilt, aber von oben herunter wurde stark für den Beitritt agitiert; die Bundesräte selber sind in die politische Arena herabgestiegen und haben für den Beitritt gesprochen, und der Bundesrat war es, der es durchgesetzt hat, daß der alte Nationalrat vor seinem Absterben noch über den Beitritt entscheiden mußte. Die Abstimmung ist auch nach dem Wunsche des Bundesrates ausgefallen, der Beitritt wurde mit allerdings nicht sehr großer Mehrheit beschlossen. Die Angelegenheit ist damit allerdings noch nicht endgültig erledigt, sie hat in diesem Jahre noch die Volksabstimmung zu passieren, die ganz anders ausfallen kann, als die im Nationalrat.

In den letzten Wochen des alten Jahres gingen die Wogen noch einmal sehr hoch; es handelte sich um den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz; die Befürworter desselben fand man in allen politischen Lagern, mit Ausnahme der Sozialdemokratie. Aber der Oberste Rat in Paris hat durch seinen Entscheid, daß die Grenzen, wie sie der Friedensvertrag von St. Germain festgestellt hat, unverändert bleiben müssen, der Bewegung rasch ein Ende gemacht. Einsichtige Schweizer Politiker wiesen allerdings schon vorher darauf hin, daß die Anschlußaktion bei der deutschen und österreichischen Republik böses Blut machen könne, und warnten davor, die Sache auf die Spitze zu treiben.

Im verflossenen Jahre hat die Schweiz ihre obersten gesetzgebenden Behörden wieder neu bestellt; sie haben teilweise eine völlig veränderte Gestaltung erfahren. Die freisinnige Partei, die jahrelang die Majorität im Nationalrat hatte, hat dieselbe verloren, und die Sozialdemokratie hat ihre Mandatszahl von 15 auf 41 erhöht, wodurch die bürgerlichen Parteien gezwungen waren, auf den Luxus eigener Parteipolitik zu verzichten und bürgerliche Sammelpolitik betreiben mußten. Durch die drei Neuwahlen in den Bundesrat ist der katholische Einfluß durch ein weiteres Mitglied im Bundesrat verstärkt worden; die Sozialdemokraten, denen ehrenhalber eine Kandidatur angetragen wurde, haben auf eine Teilnahme an der Bundesregierung verzichtet; sie wollen in der Opposition verharren.

Die erste sozialpolitische Tat des neuen Nationalrates war die Erheblicherklärung einer Motion, auf Einführung einer schweizerischen Alters-, Invaliden- und Witwenversicherung und der Erlaß eines fortschrittlichen Arbeitszeitgesetzes für das Personal der schweizerischen Transportanstalten, sowie eines weiteren Gesetzes betr. die Einführung eines Gesetzes über die Einführung der Achtundvierzigstundenwoche in gewerblichen Betrieben, die nicht dem Fabrikgesetz unterstellt sind, nachdem der alte Nationalrat bereits das Fabrikgesetz im Sinne der Achtundvierzigstundenwoche revidiert hatte.

Der sozialpolitische Zug in der schweizerischen Gesetzgebung ist in gutem Lauf, möge er auch im neuen Jahre anhalten.

Kleine politische Nachrichten.

Zeitungsverbote. Nach der „Kölnischen Zeitung" wurden die meisten Blätter der Unabhängigen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verboten, so die „Volkszeitung" in Düsseldorf, die „Bergische Volksstimme" in Remscheid, die „Bergische Arbeiterstimme" in Solingen und die „Volksstimme" in Hagen.

Eine unabhängige Pleite. Die in Buer erscheinende „Ruhrwarte" hat den Konkurs angemeldet. Als trauernde Hinterbliebene bleibt eine große Anzahl Bergleute zurück, die ihre Ersparnisse dem Unternehmen geopfert haben, unter ihnen ein Bergmann mit 26 000 M.

Bolschewistischer Angriff auf Polen? Im polnischen Generalstab erwartet man einen starken Angriff der Bolschewisten auf Polen noch vor dem Frühjahr.

Kanada-Auswanderer. Die kanadische Regierung hat beschlossen, daß alle Einwanderer künftig 250 Dollars besitzen müssen, ehe sie in das Land gelassen werden. Bisher waren hierzu nur 25 bis 50 Dollars erforderlich. 250 Dollars sind bei der heutigen Valuta 12 250 M.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe.

Nach den mehrtägigen Vorverhandlungen über die Maßregelungsabsichten des Arbeitgebertums wurde nunmehr in die Verhandlung der Frage der Wirtschaftsbeihilfe eingetreten. Die Sprecher des Zentralverbandes wiesen auf die dringende Notlage der Versicherungsangestellten hin, die in immer größere Verschuldungen, teils auch gegenüber den Arbeitgebern durch Vorschüsse und Darlehen gerieten. Nach langen Verhandlungen gab der Arbeitgeberverband nachstehende Erklärung ab:

„Die Arbeitgeber können über die Höhe der in Aussicht zu nehmenden Tarifsätze, Verheirateten- und Kinderzulagen und die damit zusammenhängenden Nachzahlungen keine Angaben machen, solange nicht Einverständnis über die Entlohnungsgrundlagen, so z. B. über Personenkreis, Arbeitszeit und Klasseneinteilung besteht und sich die Gesamtbelastung der Gesellschaften nicht überblicken läßt.

Sie schlagen deshalb im Interesse einer schleunigen Förderung der Angelegenheit vor, zunächst mit der Beratung über § 1 zu beginnen."

Die Angestellten beantragten darauf Vertagung der Verhandlungen auf Mittwoch früh.

Um alle irreführenden, scheinbar von interessierter Seite verbreiteten Meldungen über die Verhandlungskommission der Versicherungsangestellten richtigzustellen, sei bemerkt, daß die Verhandlungen von der Leitung der Reichsfachgruppe der Versicherungsangestellten, sowie vom Vertrauen der Versicherungsangestellten getragenen Organisationsvertreter und vor allem von Vertretern des Reiches aus sieben Städten, dem Reichsfachausschuß, geführt werden.

Versammlung der Musiker. In der Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musiker-Verbandes wurden in den Vorstand gewählt: Hugo Schwiegl, 1. Vors.; G. Gutknecht, 2. Vors.; C. Schiemenz, 1. Schriftf.; Gallas, Sekretär; G. Strehle, 1. Kassenf.; E. Zischke, 2. Kassenf. Als Beisitzer: Schleger, Hoch, Jusko Wossena, Höne und Hempel. Die bisherigen Delegierten für die Berliner Gewerkschaftskommission wurden erneut bestätigt. Für Charlottenburg wurden Schwiegl und Hirschfeld delegiert.

Der Kassierer erstattete alsdann Bericht über das verflossene Quartal. Der Kassenbestand ist sehr günstig, die Mitgliederzahl ständig im Wachsen begriffen. Einen breiten Raum in der Versammlung nahm der Bericht des Nachweisvorstehers ein. Die neue Regelung über die Verteilung der eingelaufenen Musikaufträge fand allgemeine Zustimmung. Der Versammlung wurden Richtlinien vorgelegt, die eine streng individuelle, den künstlerischen Leistungen des Einzelnen und alles Schematisierende ausschließende Verteilung der Musikaufträge garantieren. Geschlossenen Kapellen ist Gelegenheit gegeben, täglich zu probieren, um speziell für den Sommer gute Blaskapellen für die Gartenlokale zur Verfügung zu haben. Die Versammlung genehmigte ferner die entstehenden Kosten für den geplanten Anschluß an den städtischen Arbeitsnachweis.

Ueber die Bekämpfung der Militär- und Beamtenkonkurrenz berichtete der Sekretär. Trotz aller unzweideutiger Verordnungen der Behörden musizieren die Beamten und die Militärmusiker in der bisherigen Form weiter und vergrößern dadurch die Zahl der erwerbslosen Musiker. Auch die Kapellen der Sicherheitswehr beteiligen sich an diesem Wettbewerb. Letztere haben sogar schon für den Sommer Verträge mit einzelnen Gartenlokalinhabern abgeschlossen. Die Versammlung forderte nachdrücklichst, daß die seit vorigen Sommer vom Reichswehrministerium versprochene und jetzt noch immer nicht erledigte Regelung des gewerblichen Musizierens der Militärkapellen nun endlich erfolgen solle.

Der Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend nahm in seiner Generalversammlung eine Entschließung einstimmig an, die sich in schärfster Weise gegen die ihre wirtschaftliche Lage schädigenden Zeitungsverbote wendet. Gegen weitergehende Verbote erklären die Versammelten alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Anwendung zu bringen.

Die wahren Ursachen der Kohlennot. Von der Gewerkschaft der Kohlenzeche Mont Cenis erhalten wir über diese am Ende des Jahres 1919 im „Vorwärts" behandelte Frage folgende Entgegnung:

„Zu Nr. 663 des „Vorwärts" vom 29. Dezember v. J. wird behauptet, daß die wahren Ursachen der Kohlennot in den Betriebsverhältnissen liegen. Auf Zeche Mont Cenis müßte ein Mangel an leeren Wagen zu haltlosen Zuständen führen, auch die Maschinen seien in einem mangelhaften Zustande. Die Behauptungen sind unzutreffend. Es ist nicht richtig, daß die Leute im Revier Stegmann erst um 12 Uhr mittags die ersten leeren Wagen erhalten haben. Wohl haben sich an einzelnen Tagen zwei Betriebe beschwert über Mangel an leeren Wagen. Diesen waren aber mit Absicht die leeren Wagen vorenthalten, damit sie zur Berge versetzen sollten (das heißt die durch den Abbau entstandenen Hohlräume mit Bergen ausfüllen sollten, wie es die bergpolizeilichen Vorschriften erfordern). Die Pfeiler waren weit offen und genügend Bergewagen zur Stelle. Hätten die Leute pflichtgemäß versetzt, so wäre von einem Mangel an leeren Wagen keine Rede gewesen. Es ist ferner unwahr, daß die Grubenlokomotiven sich in einem schlechten Zustande befinden. Im übrigen weisen wir noch darauf hin, daß wir bereits vor einem Jahre drei neue Maschinen bestellt haben, von denen bis jetzt aber erst eine geliefert werden konnte. Diese ist sofort eingestellt worden. Im übrigen ist die Anzahl der Förderwagen, wenn man sie im Verhältnis zur durchschnittlichen Tagesförderung betrachtet, auf Zeche Mont Cenis besonders groß."

Diese Entgegnung wendet sich nur gegen einen Teil der uns von einem Bergarbeiter mitgeteilten Klagen. Wir entnehmen daraus, daß unser Gewährsmann nicht so ganz unrecht hatte.

Deutscher Metallarbeiterverband. Freitag, den 23. Januar, nachm. 5 Uhr, Bezirksversammlung der Südenbezirke im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung am 18. Januar. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung am 1. Februar. Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert!

Einkassierer der Abzahlungsbranche. Am Donnerstag, den 22. Januar, abends 5 Uhr, Versammlung bei Wegener, Seydelstr. 30.

Gewerbliches Personal der Reichs- und Staatsverwaltungen. Am Freitag, den 23. Januar, abends 6 Uhr, Vertrauensmännerversammlung bei Feyhara, Melchiorstr. 16.

Zentralverband der Angestellten. Versammlung am Mittwoch, den 21. Januar, nachm. 5½ Uhr, Sektion der Versicherungs-Einnehmer, Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96. — Versammlungen am Donnerstag Fachgruppe I Sektion a—o (Reichs- und Staatsangestellte) Mitgliederversammlung abends ½7 Uhr, Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96. Fachgruppe 5 Sektion a (Rechtsanwaltsangestellte) Mitgliederversammlung abends 7½ Uhr, Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Fachgruppe 7 Sektion a (Angestellte der Schuhwarengeschäfte) Mitgliederversammlung 7½ Uhr, Sophiensäle, Sophienstr. 17/18.

Wirtschaft.

Zur Börsenlage.

Georg Münch, der wirtschaftliche Redakteur der „Voß", bringt einen Bericht über die gegenwärtige Börsenlage, aus dessen Inhalt wir folgendes hervorheben:

„Wohl selten vorher haben an der Berliner Börse solche Zustände geherrscht wie heute. Der Andrang des Publikums zum Aktienmarkte kennt kaum noch Grenzen. Banken und Bankiers sind derartig mit Arbeiten überhäuft, daß es ihnen glattweg unmöglich ist, alles Nötige pünktlich zu erledigen. Schon vor einiger Zeit hatte man sich gezwungen gesehen, Mittwochs den Börsenverkehr mehrmals ausfallen zu lassen. Augenblicklich trägt man sich mit der Absicht, mehrere Tage hintereinander die Berliner Börse zu schließen. Zunächst sind als solche Ruhetage der Freitag und der Sonnabend dieser Woche in Aussicht genommen; weitere dürften voraussichtlich folgen. Indes liegt ein Beschluß des Börsenvorstandes über eine solche Pause noch nicht vor.

Zu den Gründen der jetzigen Aktienhausse zählt vor allen Dingen die Verschlechterung unserer Valuta. Die Flucht aus der Mark ist wieder in vollem Gange, und sie richtet sich auf den Erwerb solcher Papiere, denen ein hoher Sachwert innezuwohnen scheint. Darum sind auch die Industrieaktien bevorzugt; man argumentiert, daß z. B. die Anlagen eines großen Eisenwerks, welche einstmals, als unsere Mark noch normale Kaufkraft hatte, errichtet wurden, heute einen viel höheren Wert als den damaligen darstellen, gleichviel ob sich in der Zwischenzeit Abschreibungen oder Ausgaben für Umstellung der Betriebe als nötig erwiesen haben.

Einen spekulativen Anreiz gewähren ohne Zweifel auch die zahlreichen Kapitalserhöhungen, zumal die Neuausgabe von Aktien sich jetzt fast durchweg zu wenig über pari liegenden Kursen vollzieht. Dabei ist natürlich anderseits zu bedenken, daß mit so billigen Neuausgaben von Aktien eine Verwässerung des Grundkapitals verbunden ist, welche schließlich für die Rentabilität der betreffenden Unternehmen nicht bedeutungslos bleiben kann. Empfehlenswert ist es übrigens, sich in jedem Einzelfall die Bestimmung einer Kapitalserhöhung näher anzusehen. Man wird dann finden, daß die Schaffung von neuen Aktien zumeist aus der Notwendigkeit hervorgeht, die durch hohe Löhne, teure Rohmaterialpreise usw. aufgezehrten liquiden Mittel zu ergänzen.

Daß gerade der Montanaktienmarkt (Bergwerks- und Hüttenindustrie) in der jüngsten Zeit im Mittelpunkt der Hausse (der Aufwärtsbewegung) stand, hatte ja mancherlei besondere Gründe. Fast täglich war von neuen Preiserhöhungen die Rede, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich der Prozeß der Annäherung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise in der Montanindustrie bereits vollzieht. Daß diese Entwicklung, welche sich automatisch auf alle anderen Gebiete unseres Wirtschaftslebens übertragen muß, zu den allerernstesten Folgen führen kann, wird für einen denkenden Beurteiler nicht zweifelhaft sein. In raschem Tempo kämen wir so einer Krisis näher, die auch für die Börse verhängnisvoll werden müßte.

Es soll freilich nicht in Abrede gestellt werden, daß das Anlagebedürfnis nach wie vor ein recht starkes ist. Das zeigt sich unter anderem darin, daß die Obligationen (d. h. festverzinsliche Anteile) guter industrieller Gesellschaften andauernd recht begehrt sind und daß neue derartige Ausgaben den Emittenten (d. h. den die Anteile ausgebenden Unternehmungen) förmlich aus der Hand gerissen werden. So wurden letzthin die 50 Millionen Mark 5prozentiger Obligationen der bekannten Lokomotivfabrik Henschel u. Sohn in Kassel in ein paar Tagen ausverkauft.

Daß solch solides Anlagebedürfnis bei der gegenwärtigen Aktienhausse auch eine Rolle spielt, soll nicht bestritten werden. Eben darum aber ist es erst recht erwünscht, daß die Börsenbewegung nicht in Uebertreibungen ausartet, die schließlich zu einem bösen Ende führen müssen."

Wir werden auf die wichtigen Fragen der Kapitalerhöhungen und Ueberfremdung noch eingehen. Jedenfalls bietet das vorstehende Bild für unsere Leser eine sehr gute Unterrichtung.

Die Machtstellung der Industrie.

Die organisierte Elektroindustrie hat beschlossen, nur noch Aufträge mit einem Drittel zinsloser Anzahlung anzunehmen. Hierzu bringt der „Börsen-Courier" folgende kritische Betrachtung:

„Nur aus der ungewöhnlich starken Machtstellung, die der Industrie innerhalb unseres volkswirtschaftlichen Lebens neuerdings zukommt, ist der eingangs erwähnte Beschluß überhaupt zu erklären. Die Industrie kennt seit den letzten Jahren keine Absatzsorgen mehr. Die Aufträge wachsen ins Ungeheuerliche, und die Lieferzeiten erstrecken sich über immer größere Zeitspannen. Die Händler, Grossisten und Verbraucher sind der Industrie also, wenn sie ihre wirtschaftliche Existenz nicht einfach preisgeben wollen, mit Haut und Haaren ausgeliefert. Sie müssen jetzt, wenn sie überhaupt Ware erhalten wollen, den größten Teil ihres Betriebskapitals unverzinslich den Fabrikanten hergeben. Das bedeutet einmal, daß sie nach Empfang der bestellten Waren den Zinsverlust durch erhöhte Preise wieder herausholen müssen; es bedeutet aber auf der anderen Seite eine gewaltige Steigerung des Betriebskapitals der Industrie und damit durchaus nicht notwendig eine Ermäßigung der Preise. Diese werden ja bei Abschluß eines Vertrages für eine bestimmte Zeit genau festgestellt. Die Lieferung spielt sich dann ratenweise ab. Den großen Werken fließen damit Summen zu, die ein Vielfaches des Aktienkapitals ausmachen. Ueber ihre Verwendung fehlt dem Abnehmer jede Kontrolle, es wird ihm keine andere Garantie als ein Lieferversprechen geboten. Tatsächlich würden die Kapitalserhöhungen, die in der letzten Zeit im Hinblick auf die steigenden Materialpreise vorgenommen werden, ziemlich überflüssig werden, wenn das Prinzip hoher Anzahlungen allgemein durchgeführt würde."

Durch die Zusammenschlußbewegung, die während des Krieges in gewaltigem Umfang eingesetzt hat, haben sich die Industriellen eine ungeheure Machtposition geschaffen. Diese Einheitsfront steht heute dem Wirtschaftsministerium gegenüber und hat die Macht, allen gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen des Ministeriums den allerschärfsten Widerstand entgegenzustellen. Begrüßen wir auch diese Fortschritte in der Organisation an sich, die Voraussetzung für eine planmäßige Wirtschaft ist, so fordern wir aber doch gleichzeitig, daß diese Fachverbände unter eine scharfe Kontrolle gestellt werden. Hoffen wir, daß das Gesetz, das die Wirtschaftsräte schaffen soll, die heute autokratischen Organisationen recht bald demokratisieren wird. Die allmächtigen Industriellen mögen den Bogen nicht zu straff spannen und nicht übersehen, daß das Volk die Gütererzeugung als eine öffentliche Angelegenheit behandelt wissen will.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Etwas kälter, zeitweise heiter, aber veränderlich, leichte Schneeschauer.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Fickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Achtung! Edelmetall!
1 M. Silbergeld 7,15 M.,
Goldstück 260,— M.
Zahle mehr wie jeder andere. Auch Bruchsachen!
Zeuger, Lothringer Straße 100, vorn 1 links.

Schönes und reines Gesicht
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommersprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise. Teilzahlung. Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Gnadengesuche
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H.
Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9—7) Glänz. Erfolge. Beobachtg. Sonnt. 10—1.

Wie kräftige ich meinen Körper?
von Dr. Rich. Weiß.
Sonderabdruck aus: „Blätter für Volksaufklärung", auf Anfrage frei von Dr. Rich. Weiß, Berlin C 2, Probststr. 13/14

Platin 164 Mark.
Pt-Zähne nicht unter 10,50 Mark.
Silbermark 6,70 M., Goldmünzen über Preise
Goldsachen, Silbersachen kauft Frau Linke, Blücherstr. 40, v. II

Gegen Würmer
gebrauchen Sie „Contraverm" das neue Wurmmittel für Erwachs. u. Kinder (üb. 4 Jahre). Packungen m. dazu gehöriger Salbe 5,75 Mk. Alleinvers. Löwen-Apoth., Hannover 14.

Bettnässen.
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Aeltest. u. bestbewährte ges. gesch. Methode.
Institut Englbrecht
München B 387, Kapuzinerst. 9

Silbermünzen, Goldmünzen
kauft
bedeutend über den höchsten Tagespreis
Kaiser,
Greifswalder Straße 201.

TABAK
großblättrig, Pfd. 18 M. Postlagerkarte 55, Berlin SW 61.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben.
Erprobte und schmerzlose Behandlung
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik
Königstr. 56/57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1 u. 4-7, Sonnt. 10-1.
Separates Damenzimmer

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienburger Tor
Spr. 11—1, 6—8, Sonnt. 11—1
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Unterleibsleid. b. Männ. u. Frauen, Bluturters.
Invalidenstraße 39, Ecke Chausseestr. Stett. Bhf. Spr. 11-1 u. 4½-6½, Sonnt. 11-12.

Möbel
zum Engrospreise direkt an Private. — Riesenauswahl.
Schlafzim. 965—5870 M.
Speisez. 915—5615 M.
Herrenz. 1045—5180 M.
Wohnzim. 545—3260 M.
Küchen 395—2250 M.
Lieferung frei. Lagerung kostenl. 10jähr. Garantie.
Möbel-Haus Rejewske
Berlin, Gubitzstr. 66

!!! Geld !!!
für jede Wertsache, höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Weiß, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 83 % in Zahlung genommen!
Sehr billige Preise
Pelzmäntel 3200, 4500, 5600
Plüschmäntel 550, 675, 990
Impr. Seidenmäntel 196, 228, 275
Kostüme 89, 176, 225
Ulster 58, 76, 98
Gummimäntel m. Kappe 135, 185
Gummimäntel für Herren 265
Sportjacken 49.50, 62, 86
Stoffröcke 36, 54
Seidenröcke 79
Da zeitweise großer Andrang, erbitte Besuch möglichst vormittags.
Modelle in allen Abteilungen sehr billig!
Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115
Sonntags geschlossen!

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117 an der Lützowstraße
Sprechst. 12—2, ½6—½10 Uhr abds., Sonnt. ½11—1 Uhr
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Harn- u. Blutuntersuchungen.
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im verschl. Kuvert gegen Einsendung v. M. 1,50.

Spezialarzt Dr. med. Coleman
Sprechstunden 9—1, 5—7½, Sonntags 9—1.
Friedrichstraße 91/92 Ecke Dorotheenstraße. Teilzahlung gestattet.

Spezial-Arzt für Haut-, Harn-, Blasen-, Unterleibsleiden, nervöse Schwäche, speziell veraltete Fälle, Salvarsan-Kuren, Urin- u. Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser.
Dir. Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti.
Nur Rosenthaler Str. 69-70 am Rosenthaler Platz 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1

Spezial-Behandlung
von Haut-, Harn-, Unterleibsl., Frauenleid., spez. veraltete hartnäckige Fälle, Schwäche; Salvarsan-Kuren. — Urin- u. Blutuntersuchungen, Licht- u. Finsen-Behandlung. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9—1, 4—8, Sonntags 9—1.

M. Guttmann
Berlin O 27, Alexanderstr. 22, Anfang 7. 9—8 Uhr.
Ständiges reichhaltiges Lager in
Zigaretten
aus reinem, goldgelben Tabak, F-Banderole, ohne Mundstück. — 1000 Stück von M. 200.— an.
Dicke Türken, 1000 Stück M. 340.—
Englische Zigaretten. — Lagerbesuch lohnend.

Kaninfelle
Winterware, bei hohen Preisen kauft
Weinreb, Alte Schönhauser Str. 41.